Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 367.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 29. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Kirchenpolitische Akten.

III.

Den von ihr bereits veröffentlichten Aktenstücken läßt die „N. A. Z.", wie bereits telegraphisch angekündigt, drei weitere folgen:

„Berlin, den 5. Mai 1880.

Auszug.

Aus Eurer Durchlaucht gefälligem Bericht vom 30. v. Mts. — Nr. 209 —, mit dessen Inhalt die Meldungen des Grafen Werthern aus München und des Herrn v. Radowitz aus Paris, welche ich in Abschrift resp. im Auszug beizufügen mich beehre, parallel gehen, hat der Herr Reichskanzler den niederschlagenden Eindruck von der Unfruchtbarkeit unserer Verhandlungen gewinnen müssen. Die Ableugnung jedes Einflusses auf die Zentrumspartei, welche eine erhebliche Zahl von Priestern enthält und zum größeren Theil unter priesterlichem Einfluß gewählt wird, ist uns beinahe zehn Jahre lang entgegengehalten worden; und ist es doch diese Partei, die 1871 den Konflikt geschaffen hat und ihn fortsetzt. Der Charakter der Partei, ihr Verhalten gegenüber der Regierung, ihr Zusammenwirken mit den negirenden und den destruktiven Elementen sind Eurer Durchlaucht aus eigener Wahrnehmung bekannt und in der anliegenden retrospektiven Denkschrift näher beleuchtet.

Das darin richtig geschilderte Verhalten der Zentrumspartei ist für uns der Maßstab für die Wahrscheinlichkeit, mit welcher wir auf einen Erfolg unserer römischen Verhandlungen rechnen dürfen. Dieses Verhalten hat seit dem vorigen Herbst bis heute für die bejahende Beantwortung dieser Frage auch den letzten Anhalt zerstört, so daß der Herr Reichskanzler sich von den Verhandlungen mit dem Vatikan gegenwärtig kein Ergebniß verspricht. Die Hoffnung des Reichskanzlers auf einen günstigen Erfolg der Unterhandlungen ist durch das Verhalten des Zentrums geschwunden. Die Erklärung, daß der römische Stuhl keinen Einfluß auf das Zentrum besitze, findet bei uns nicht Glauben. Eure Durchlaucht wollen gefälligst hinzufügen, daß die Remedur durch eine veränderte Haltung des Zentrums auf dem Terrain des Reichstags, bei dem bald bevorstehenden Schlusse der Session, nicht mehr möglich, und auf dem Terrain des bevorstehenden Landtages nicht wahrscheinlich sei. Habe der Papst wirklich keinen Einfluß auf das Zentrum, was helfe der weltlichen Regierung dann eine Verständigung, die ihn zufrieden stellte? So wenig es auch mit den wiederholten gegen uns und öffentlich abgegebenen Versicherungen der Kurie von ihren erhaltenden Bestrebungen verträglich scheine, so konsequent sähen wir doch das Zentrum mit den sozialistischen und fortschrittlichen Republikanern in dem monarchischen Deutschland zusammengehen.

gez.: von Hohenlohe.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Reuß. Wien."

„Berlin, den 14. Mai 1880.

Auszug.

In Beantwortung der gefälligen Berichte Nr. 177 und Nr. 196 über Eurer Durchlaucht Unterredungen mit dem Pronuntius am 15. und 22. v. M. habe ich zunächst daran zu erinnern, daß die Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. März und der Staatsministerialbeschluß vom 17. desselben Monats, welchem das Breve vom 24. Februar zum Grunde liegt, einander dergestalt gekreuzt haben, daß die erstere am 4. April zu unserer, der letztere am 6. April zu des Pronuntius Kenntniß gelangt ist. Während auf die Mittheilung des Staatsministerial-Beschlusses die amtliche Antwort der Kurie noch aussteht, ist die Depesche vom 23. März, sind insbesondere die darin gestellten drei Fragen von dem preußischen Herrn Kultusminister und demnächst in einer neuerlichen Berathung des königlichen Staatsministeriums mit der achtungsvollen Sorgfalt erwogen worden, welche einer auf den ausdrücklichen Befehl Seiner Heiligkeit erfolgten Aeußerung gebühren.

Der Widerstand gegen die kirchenpolitischen Gesetze ist aus dem Kreise des höheren Klerus in die Vertretungskörper verpflanzt worden durch die Zentrumsfraktion, die sich als Anwalt der katholischen Interessen, als dem päpstlichen Stuhle unbedingt ergeben gerirt, eine erhebliche Anzahl von Priestern enthält und zum größten Theil unter priesterlichem Einfluß gewählt ist. Von der Bekämpfung jener Gesetze, während sie berathen worden, von dem Verlangen nach ihrer Aufhebung, seit sie verfassungsmäßig zu Stande gekommen waren, ist diese Fraktion allmälig zu einer grundsätzlichen Opposition gegen alle Vorlagen und Maßregeln der preußischen und der deutschen Regierung übergegangen. Nur in der Tarifreform stimmte das Zentrum im vorigen Jahre ausnahmsweise für die Regierung. Ich hatte aus dieser Annäherung das Vertrauen geschöpft, daß unsere Verhandlungen mit Rom mehr als früher Aussicht auf Erfolg hätten, und war denselben bereitwillig näher getreten. Dieses mein Vertrauen hat der Entmuthigung weichen müssen, nachdem während der abgelaufenen Session des preußischen Landtags das Zentrum in Angelegenheiten, welche nicht entfernt das kirchliche Gebiet berühren, geschlossen die Regierung bekämpft und jede reichsfeindliche Bestrebung unter seinen Schutz genommen hat.

Am auffallendsten war das bei der Berathung über die Verlängerung des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialisten. Obgleich diese Bestrebungen erst in dem Breve vom 24. Februar in Uebereinstimmung mit vielen vorangegangenen Kundgebungen des päpstlichen Stuhles auf das Nachdrücklichste verurtheilt waren, obgleich in einem Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs vom 23. Januar 1879 an mich unter den erfreulichen seit der Thronbesteigung Seiner Heiligkeit erreichten Resultaten die offene und laute Erklärung der katholischen Unterthanen ihres vollen Vertrauens und ihrer völligen Ergebung in den Willen des heiligen Stuhles hervorgehoben ist, so hat doch das Zentrum unter dem Vorwande, die Sozialisten allerdings bekämpfen zu wollen, nur nicht gerade so, wie die Regierung es wolle, mit den Sozialisten gestimmt, während andere Parteien, so weit sie nicht auch auf einen Umsturz hinarbeiten, ihre sonstigen Meinungsverschiedenheiten vergessend, die Verlängerung des Gesetzes genehmigt haben. Mit diesem Verhalten der katholischen Fraktion steht das entgegenkommende der preußischen Regierung in eigenthümlichem Kontrast, indem diese Regierung innerhalb des ihr gelassenen Spielraums eine zunehmend milde Praxis in der Anwendung der kirchenpolitischen Gesetze bis auf den heutigen Tag hat walten lassen, wie das anliegende Verzeichniß des betreffenden Maßnahmen nachweist.

Es drängt sich die Frage auf, ob der päpstliche Stuhl nicht den Willen oder nicht die Macht hat, die klerikale Fraktion von der Beschützung derjenigen Bestrebungen abzuhalten, die er selbst so entschieden verdammt. Jedenfalls hat diese Wahrnehmung bei der königlichen Regierung die Hoffnung, daß das Entgegenkommen ein gegenseitiges sein werde, und das Vertrauen, daß die Verhandlungen in jetziger Sachlage zur Verständigung führen werden, wesentlich abgeschwächt. Dem ungeachtet wird die königliche Regierung in derselben friedliebenden Gesinnung, welche sie den ersten Eröffnungen Seiner Heiligkeit entgegenbrachte, und in der Theilnahme, welche sie stets für die verwaisten Gemeinden empfunden hat, nicht länger zögern, aus ihrer eigenen Initiative heraus diejenigen Maßregeln den gesetzgebenden Faktoren vorzuschlagen, welche mit den unveräußerlichen Rechten des Staates verträglich sind und nach ihrer Ueberzeugung und nach ihren Wahrnehmungen an anderen Ländern die Wiederherstellung einer geordneten Diözesanverwaltung und die Abhilfe des eingetretenen Priestermangels möglich machen. Ueber den Moment, in welchem wir die Verhandlungen mit der Kurie fortsetzen können, werden wir uns zu erklären erst im Stande sein, nachdem der Landtag über die beabsichtigte Vorlage entschieden hat, was, wie wir hoffen, in wenigen Wochen der Fall sein wird. Es wird sich dann meines Erachtens hauptsächlich darum handeln, daß im Wege der Begnadigung und der Benutzung der von dem Landtage zu erlangenden freieren Bewegung auf dem Boden der Gesetze die Ausübung der bischöflichen Funktionen möglich gemacht wird, sei es durch die früheren Inhaber, sei es durch neue, vorausgesetzt, daß die Einen wie die Anderen die Anzeigepflicht erfüllen.

Eure Durchlaucht ersuche ich ganz ergebenst, das Vorstehende unter Ueberreichung des anliegenden Verzeichnisses mündlich, jedoch amtlich zur Kenntniß des Pronuntius bringen zu wollen, mit dem Anheimstellen, ihm eine französische Uebersetzung davon zu geben.

(gez.) v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Heinrich VII. Reuß Wien."

„Berlin, den 21. Mai 1880.

Eurer Durchlaucht Berichte vom 17. und 19. d. M. — Nr. 242 und 247 — habe ich nach einander erhalten. Wie sich aus dem letzteren ergiebt, hat wieder eine Kreuzung der Korrespondenz stattgefunden, indem die Depesche des Kardinals Nina, welche die in Folge meines Erlasses vom 4. April geschehene Mittheilung des Staatsministerialbeschlusses vom 17. März beantwortet, und mein letzter Erlaß — Nr. 350 — beide vom 14. d. M. datirt sind. Dieser Zufall ist, obwohl beide Schriftstücke den einstweiligen Verzicht auf eine Fortsetzung der Verständigungsversuche aussprechen, doch um deshalb zu bedauern, weil meinem Erlaß Nr. 350 eine detaillirte Nachweisung der dem Papste vielleicht nicht vollständig bekannten Maßregeln beilag, welche wir seit Jahr und Tag innerhalb des Spielraumes, den uns die Gesetze ließen, getroffen haben, um die durch den Konflikt entstandenen Bedürfnisse der katholischen Bevölkerung und die von den päpstlichen Unterhändlern kundgegebenen Wünsche zu befriedigen.

Die durch die Depesche des Kardinal-Staatssekretärs vom 14. d. Mts. übermittelten Entschließungen Seiner Heiligkeit beklage ich und kann sie nur aus zu hoch gespannten Zielen oder aus einem Mißverstehen der Situation erklären. Wir sind nicht in der Lage, in der Praxis ein weiteres Entgegenkommen zu üben, noch weniger die Abschaffung eines Gesetzes ohne den Landtag zu versprechen, selbst wenn wir dieselben wollten; zu dem einen, wie zu dem anderen ist die Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren erforderlich. Angenommen, wir wären mit dem päpstlichen Stuhle zu einer ihn befriedigenden Verständigung gelangt, so würden wir doch das Zugesagte nicht eher leisten können, als bis der Landtag es gebilligt hätte. Wenn die Kurie ihrerseits dagegen auftritt, daß die preußische Regierung sich die Machtvollkommenheit verschaffen will, ihr mehr als bisher entgegenkommen zu können, so habe ich dafür kein Verständniß; jedenfalls kann diese ablehnende Haltung auf das, was wir im eigenen Lande zu thun haben, keine Wirkung üben. Wir müssen so regieren, wie die Gesetze es vorschreiben, und werden diejenigen Veränderungen derselben zu erreichen suchen, welche wir im Interesse unserer katholischen Mitbürger für angezeigt und mit dem Wohle und den unveräußerlichen Rechten des Staates vereinbar finden. Die Art und Weise, wie dieses unser Entgegenkommen aufgenommen wird, muß uns den Eindruck machen, daß der Wille, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, entweder nicht ernst ist oder in seiner praktischen Bethätigung auf Hindernisse stößt; anderen Falles wäre es schwer, zu erklären, daß der Papst uns davon abräth, einen Weg zu betreten, der dahin zu führen bestimmt ist, die Bischöfe und die regelmäßige, ausreichende Seelsorge zurückzubringen, also das zu erfüllen, um was es dem Haupte der römischen Kirche zu thun sein muß und nach wiederholten Aeußerungen zu thun ist. Die Erklärung: wenn die preußische Regierung der katholischen Kirche keinen anderen Vortheil zugestehen wolle, als den, der in diskretionären Gewalten liege, so müsse die in dem Breve vom 24. Februar ausgesprochene und gegen Eure Durchlaucht wiederholte Ankündigung als non-avenue betrachtet werden, rechtfertigt die Vorsicht, mit welcher wir jene Ankündigung aufgenommen haben. Die ihr folgende Interpretation in der Depesche des Kardinals Nina vom 23. März hatte dieselbe bereits in Betreff der Zeit und des Umfanges der Erfüllung auf ein befriedigendes Maß beschränkt; jetzt wird dieselbe einfach zurückgenommen. Mit derselben Leichtigkeit würde das auch zu jeder späteren Zeit haben geschehen können.

Wenn, wie der Kardinal-Staatssekretär andeutet, der Papst genöthigt sein würde „de faire connaître aux catholiques l'issue des négociations", so sind auch wir nicht mehr in der Lage, die bisher von uns beobachtete Zurückhaltung fortzusetzen, da der Ausgang der Verhandlungen nur durch Veröffentlichung des ganzen Verlaufs und aller Phasen derselben verständlich werden kann.

Eurer Durchlaucht wird aus den öffentlichen Blätter bekannt sein, daß wir die in dem Staatsministerialbeschluß vom 17. März beabsichtigte Vorlage an den Landtag gebracht haben. Wir werden unsere Absichten in der Gesetzgebung zu verwirklichen suchen, ohne von der Kurie eine Gegenkonzession zu erhalten oder zu erwarten, lediglich im Interesse der katholischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs. Wenn diese Bestrebungen der königlichen Regierung durch den Widerstand der päpstlichen Partei im Landtage zu Fall gebracht werden, oder wenn die Geistlichkeit von der ihr zu gewährenden Möglichkeit, die Seelsorge zu üben, keinen Gebrauch machen sollte, so können wir das nicht ändern, wissen uns aber auch für die Folgen nicht verantwortlich.

Eure Durchlaucht wollen Sich gefälligst nach Anleitung dieses Erlasses gegen den Pronuntius aussprechen.

(gez.) v. Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Heinrich VII. Reuß. Wien."

* Die kirchenpolitische Vorlage.

Wie aus dem oben zuletzt mitgetheilten Schreiben vom 21. Mai d. J. hervorgeht, hatte die Kurie der Regierung ausdrücklich gedroht, falls letztere sich den vatikanischen Forderungen nicht unterwerfe, werde der Papst sich mit einer Veröffentlichung des Ausgangs der Verhandlungen direkt an die Katholiken wenden. Man hat sich darunter wohl eine Kundmachung zu denken, durch welche die Schuld an dem Nichtzustandekommen eines Friedens der preußischen Regierung aufgebürdet und der Versuch gemacht würde, die katholischen Unterthanen Preußens, sowie die Katholiken Deutschlands aufzuwiegeln. Dieser Drohung kommt nun die Veröffentlichung der Aktenstücke in der „Nordd. Allg. Ztg." zuvor; dieselbe ist die Antwort Preußens auf diese feindselige Aeußerung des Kardinal-Staatssekretärs.

Unter diesem Gesichtspunkte sind denn auch die Aktenstücke dankbar willkommen zu heißen; sie müssen Jedermann, der sehen will, die Augen darüber öffnen, daß die preußische Regierung von jeder Schuld frei ist, wenn der Friede mit Rom nicht zu Stande kommt.

Wie aber nun die Hartnäckigkeit Roms für den Staat einen Anlaß zur Nachgiebigkeit seinerseits geben soll, das läßt sich nach jenen Kundgebungen ebensowenig begreifen, wie vorher; eher das Gegentheil wäre aus denselben zu entnehmen. Die „Post" sagt nun freilich, übereinstimmend mit einer auch von uns geäußerten Vermuthung:

„Das letzte Motiv der Regierung (bei der Vorlage des kirchenpolitischen Gesetzentwurfs) ist offenbar dieses, daß sie vor der gesammten katholischen Bevölkerung des Landes den Beweis liefert, wie es nicht an ihr liegt, wenn mit Beseitigung aller staatsrechtlichen Fragen, welche die Kurie in den Streit hineingetragen hat, nicht den religiösen Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung vollkommen Genüge gethan werden kann. Ob es möglich ist, der katholischen Bevölkerung dieses Entgegenkommen klar zu machen — was von vielen Seiten wegen der absoluten Herrschaft des Zentrums bezweifelt wird — muß dahingestellt bleiben. Die Regierung kann nicht mehr thun, als was in ihren Kräften steht, und muß das Uebrige dem Gewissen der Führer und des Volkes überlassen."

Diesen Zweck erreicht die Regierung aber durch die bloße Einbringung und Vertretung der Vorlage, eine Annahme derselben durch die Volksvertretung ist dann absolut unnöthig. Ein solche Annahme hätte vollends keinen Zweck, wenn sie unter Beifügung der Klausel geschähe, mit welcher die Ausführung der „Post" schließt, und welche also lautet:

„Unter allen Umständen wird dabei vorausgesetzt, daß das Gesetz, wenn es angenommen ist, erst in Wirksamkeit treten kann, wenn die Kurie Beweise des Entgegenkommens gegeben hat."

Daß die Kurie keine solche Beweise giebt und voraussichtlich auch nicht geben wird, das ist es ja eben nach den offiziösen Kundgebungen und den veröffentlichten Aktenstücken, was die Regierung veranlaßt, die Vorlage einzubringen. Nicht auf den Papst soll das Gesetz einwirken, sondern die Regierung will durch dasselbe einseitig für das religiöse Bedürfniß ihrer katholischen Unterthanen sorgen und so praktisch dokumentiren, daß dasselbe ihr mehr am Herzen liege als dem Papst. Der von der „Post" gemachte Vorbehalt käme also, wenn die Vorlage zum Gesetze würde, praktisch garnicht in Betracht. Dagegen würde sich in der That die Sache so gestalten, daß der Regierung ihr Verhalten in den einzelnen Fällen von jedem Bischofe, ja von jedem beliebigen Pfarrer oder Kaplan diktirt werden würde, sie würde als der abhängige Theil, der Klerus als der maßgebende erscheinen, und wir müssen der „Tribüne" recht geben, wenn sie ihren heutigen Leitartikel folgendermaßen schließt:

„Die römische Kurie, die niemals um den kirchlichen Frieden sich

kümmert, wenn es sich um Befriedigung der absolutistischen Herrschsucht handelt, kann bei solchen Grundsätzen einer Regierung mit aller Bequemlichkeit jeden beliebigen Anspruch geltend machen, da diese Regierung immer „Friede, Friede“ rufen wird, auch wenn der Papst den gewaltthätigsten Krieg gegen das Recht, den Staat, gegen Wissenschaft und Zivilisation zu führen beliebt. Erhielte die Puttkamer'sche Vorlage Gesetzeskraft, so würde die Kirchenpolitik des preußischen Staates durch die römischen Seelsorge- und Sakraments-Verweigerer entschieden; die „Gnadensperre“ wäre die Bresche, durch welche die römische Papstherrschaft endlich das „Steinchen“ Pius IX. dirigiren könnte, um dem „Koloß“ die Füße zu zertrümmern.“

Der Staat kann nicht heute die Milde und morgen wieder die Strenge anwenden; die letztere würde dann nur erst recht aufreizend wirken, während die Milde als Schwäche ausgelegt würde.

Neuerdings verlautet auch, daß die Vorlage mit bestimmter Rücksicht auf eine gegen die ganze kirchenpolitische Gesetzgebung wühlende Hofpartei ausgearbeitet worden sei. In diesem Falle müßte das Abgeordnetenhaus erst recht sich hüten, dieselbe anzunehmen. Die Würde der Volksvertretung steht denn doch zu hoch über Hofcliquen und deren Getriebe, als daß sie auf solche Rücksicht nehmen dürfte. Die Gesetze werden für das Volk und das Land gemacht. Das muß als Rocher de Bronze feststehen.

Was die mehrerwähnte Drohung anbelangt, mit welcher die Einleitung der „N. A. Z.“ zu der ersten Bekanntmachung kirchenpolitischer Aktenstücke schloß, so ist der neueste politische Brief der „Grenzboten“ wohl geeignet, die Dunkelheit jener Aeußerung einigermaßen aufzuhellen. Die betreffende Stelle lautet:

„Seit dem 17. März wird ohne Zweifel die Staatsregierung Gelegenheit gehabt haben, sich in der Ueberzeugung unerschütterlich zu befestigen, daß mit Rom kein auf einer wie immer gearteten Gegenseitigkeit beruhendes Einverständniß möglich ist. Aus dieser nunmehr definitiven Ueberzeugung wird die Regierung zu dem Entschlusse gelangt sein, ganz selbstständig vorzugehen, also ohne jede vorauszusehende Leistung Roms sich die Mittel einer nachsichtigen Handhabung der Kirchengesetze zu verschaffen, ohne die Befugniß zur Handhabung nach der ganzen Strenge des Wortlautes aus der Hand zu geben. Ausgenommen einige durch die Erfahrung als unhaltbar erkannte Punkte, die sogleich definitiv geändert werden. Die katholische Bevölkerung wird dann Gelegenheit haben zu urtheilen, wer die Strenge veranlaßt, sobald sie beibehalten oder von Neuem in Uebung gesetzt wird. . . . .

Was den kurzsichtigen Augen, welche es unternehmen, als schärfer blickend die öffentliche Meinung zu belehren, an der neuen Vorlage als ein Einschlagen des Weges nach Canossa erscheint, das ist vielmehr der feste Entschluß der deutschen Politik, den Kampf, wenn die jetzt freiwillig und ohne vorangegangene Leistung dargebotene Hand nicht angenommen wird, in ein Stadium des größeren Nachdrucks zu führen, von dessen Mitteln weder der Feind noch der meuterische Kleinmuth im eigenen Lager bis jetzt eine Ahnung hat. Die Vorlage ist Beides, je nachdem die Gegner handeln, ein Werkzeug des Friedens oder eine wirksame Vorbereitung der intensiveren Kriegführung.“

Hierdurch werden ziemlich deutlich Ausnahmemaßregeln, sei es nun speziell mit Bezug auf das Zentrum und dessen Umtriebe, sei es allgemeiner Art, in Aussicht gestellt. Zu einer eingehenderen Diskussion ist dieser Punkt indessen noch nicht reif. Die Vorlage wird jedenfalls durch die von den „Grenzboten“ eröffnete Perspektive nicht annehmbarer.

[Ueber die Veröffentlichungen der „N. A. Z.“ zu der kirchenpolitischen Vorlage] äußert sich die „N. L. C.“ folgendermaßen:

„Die Veröffentlichung des diplomatischen Schriftwechsels zwischen dem Reichskanzler und dem Prinzen Reuß über die nach dem Staatsministerialbeschluß vom 17. März in Wien geführten Verhandlungen mit der Kurie liefert eine werthvolle Bereicherung zu den dürftigen Motiven der kirchenpolitischen Vorlage. Es geht aus den Berichten des Prinzen Reuß über seine Verhandlungen mit dem Kardinal Jacobini mit größter Klarheit hervor, daß die Kurie den in jenem Staatsministerialbeschluß und der daraus hervorgegangenen kirchenpolitischen Vorlage eingeschlagenen Weg nicht für geeignet hält, zum Frieden oder einem dauernden modus vivendi zu führen. Die katholische Kirche erlange durch die diskretionäre Macht der Regierung nicht die nöthige Sicherheit; der katholische Klerus werde stets „à la merci der Regierung“ sein, und wenn man auch zu den augenblicklichen Stimmungen und Absichten des preußischen Ministeriums Vertrauen haben könne, so sei doch keine Garontie für den Geist gegeben, der künftig die Regierung beseelen werde. Darum lehnt die Kurie die verlangte erste praktische Konzession, die Instruktion an die Bischöfe wegen der Anzeigepflicht, vorerst ab und fordert anstatt der diskretionären Vollmacht eine gesetzliche Regelung des Verhältnisses der katholischen Kirche, eine Revision der preußischen Kirchengesetze,

„um dieselben in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche zu bringen, zu denen namentlich die freie Ausübung des heiligen Ministeriums gehöre, wie die Erziehung des Klerus und der religiöse Unterricht der katholischen Jugend.“

Als unmittelbare Erwiderung auf den Erlaß jener Instruktion betreffs der Anzeigepflicht erwartet die Kurie die Amnestie und Wiedereinsetzung der Bischöfe und sonstigen Kleriker. Die letzte Unterredung des Prinzen Reuß mit dem päpstlichen Geschäftsträger schloß gradezu mit der Drohung, der von der Regierung eingeschlagene Weg könne nicht zur Verständigung, sondern nur zu einer Erweiterung der Kluft und einem vollständigen Bruch führen, und der heil. Stuhl werde über die Gründe des Scheiterns der Verhandlungen eine Kundgebung an die preußischen Katholiken erlassen. Auf der anderen Seite weist Fürst Biswarck die geforderte definitive Aufhebung einer Reihe von maigesetzlichen Bestimmungen entschieden zurück.

„Wenn man geglaubt hat, daß wir nicht blos abrüsten, sondern unsere Waffen im Wege der Gesetzgebung vernichten wollten, so hat man uns eine große Thorheit zugetraut;“ und „Ich habe niemals eine Silbe gesagt, welche dahin hätte gedeutet werden können, daß wir in eine Revision, resp. Abschaffung der Maigesetze nach Maßgabe der klerikalen Forderungen willigen würden; friedliebende Praxis, erträglicher modus vivendi auf der Basis beiderseitiger Verträglichkeit ist Alles, was mir jemals erreichbar schien. Ich habe die Rückkehr zu der Gesetzgebung von vor 1840 im Prinzip für annehmbar erklärt, die Rückkehr zu dem von 1840 bis 1870 erwachsenen Zustande aber stets mit großer Bestimmtheit abgelehnt.“

Das scheinen uns die hervorragendsten Punkte aus den als Einleitung zur parlamentarischen Verhandlung veröffentlichten Aktenstücken zu sein. Wie man sieht, ist die Aussicht, auf diesem Wege zu einer Verständigung zu gelangen, außerordentlich trüb; die Schärfe der Gegensätze hat um nichts abgenommen. Die Kurie verlangt die Aufhebung der Maigesetze in sehr weitgehenden Beziehungen, die Regierung erklärt es für eine Thorheit, sich ihrer Waffen dauernd zu entledigen, zumal sie ebenso wenig Garantien bezüglich des inskünftig bei der Kurie zur Herrschaft gelangenden Geistes habe, wie die Kurie bezüglich eines Wechsels der preußischen Regierung. Unter solchen Umständen scheint uns denn doch der praktische Boden, auf dem jetzt die kirchenpolitische Vorlage wurzelt, nicht mehr der gleiche zu sein, wie der, von dem ursprünglich ausgegangen worden. Nach den in der offiziellsten Weise kundgegebenen Anschauungen der Kurie ist es kaum denkbar, daß seitens der letzteren und der preußischen Geistlichkeit eine Haltung beobachtet wird, welche die Anwendung der in der Vorlage verlangten Vollmachten rechtfertigen würde. Wäre Aussicht vorhanden, auf dem vorgeschlagenen Wege zu einem dauernden Frieden oder einem erträglichen modus vivendi zu gelangen, so würde man gewiß über viele Bedenken leichter Herr werden, als wenn eben jene Aussicht vollständig fehlt. Der Reichskanzler will sich der Waffen nicht dauernd entledigen, er will sie nur zeitweilig „auf dem Fechtboden niederlegen“; allein auch zu einer solchen zeitweiligen Abrüstung scheint uns der Augenblick schlecht gewählt, wo der Gegner sich aufs Neue in drohende Positur setzt. Wir können nach dem Bekanntwerden dieser wichtigen Aktenstücke nur wiederholen, was wir nach der ersten Nachricht von der ablehnenden Haltung der Kurie bemerkten, daß der Entschluß, der Regierung auch nur ein Stück auf dem eingeschlagenen Wege zu folgen, durch jene Wendung zum mindesten sehr erschwert worden ist. Es wird abzuwarten sein, ob im Laufe der Verhandlung die Situation und der weitere Operationsplan der Regierung eine solche Beleuchtung empfangen werden, und ob es gelingt, die Vorlage in eine derartige Form zu bringen, daß man sich von einem solchen Gesetz einen ersprießlichen Erfolg versprechen kann.“

Deutschland.

+ **Berlin**, 27. Mai. Die jüngsten Ersatzwahlen zum Reichstag in Reutlingen-Tübingen und in Kassel liefern zu der Behauptung von dem herrschenden konservativen Zug eine eigenthümliche Illustration. In beiden Wahlkreisen, von denen der eine bisher in freikonservativen, der andere in nationalliberalen Händen war, hat mit überraschend großer Mehrheit und ohne sonderliche Anstrengungen die extrem-liberale Partei gesiegt, in dem würtembergischen die süddeutsche Demokratie, in Kassel die Fortschrittspartei. Die Blätter der Fortschrittspartei sehen Kassel schon zu einem Zentralpunkt werden, von dem aus die fortschrittliche Agitation sich erfolgreich über das ganze ehemalige Kurhessen verbreiten könne, während die Partei in dieser Provinz bisher äußerst wenig Boden besessen und in der Hauptstadt nicht einmal den Versuch gemacht hatte, einen Kandidaten aufzustellen. Wir sind mit den Verhältnissen jener beiden Wahlkreise nicht hinlänglich vertraut, um zu beurtheilen, ob etwa lokale und persönliche Ursachen die Entscheidung bei diesen überraschenden Wahlresultaten gegeben haben. Das Eine aber wird jedenfalls durch die Zahlen und die Berichte der dortigen Blätter bestätigt, daß auf Seite der unterlegenen Parteien eine außerordentliche Lässigkeit und Theilnahmlosigkeit geherrscht hat. Sonst hätten so mühelose Siege von Parteien nicht errungen werden können, von denen man uns nicht einreden wird, trotz ihres augenblicklichen Erfolgs, daß sie für gewöhnlich die Gesinnung der Mehrheit der dortigen Bevölkerung repräsentiren. Die in diesen beiden Wahlkreisen gemachten Erfahrungen müssen den Nationalliberalen ernstlich zu denken geben. Es wird nicht so gar lange mehr dauern, bis die Wahlbewegung für die neuen Reichstagswahlen in Fluß kommt. Hüten wir uns, daß dieselbe uns nicht so unvorbereitet und schlecht gerüstet findet, wie es wiederholt in letzter Zeit bei Nachwahlen der Fall war.

— Was die kirchenpolitische Vorlage betrifft, so hängt deren Schicksal vom rechten Flügel der Nationalliberalen ab. 160 bis 170 Konservative (die Freikonservativen mit eingerechnet) werden die Vorlage, in einigen Punkten abgeschwächt, annehmen, wenn ihre Geltung etwa auf zwei Jahre beschränkt wird. Zur Mehrheit gehören 217 Stimmen. Von 100 Nationalliberalen braucht also nur die Hälfte mit den Konservativen zu gehen. Bennigsen mit den Hannoveranern giebt wieder die Entscheidung. Wird die Vorlage angenommen, so haben wir drei Gesetze auf Zeit: ein Militärgesetz, Sozialistengesetz und Kirchengesetz.

— Ein nassauischer Abgeordneter (wohl

Ein Blüthenkranz polnischer Dichtung.

Nur spärlich tauchen jene literarischen Erscheinungen auf, welche uns Deutschen die poetischen Schätze des im Osten wohnenden polnischen Nachbarvolkes erschließen; die fadeste und seichteste französische und englische Romanliteratur findet in Deutschland noch immer mehr Uebersetzer als selbst die besten Schöpfungen der hervorragenden polnischen Dichterheroen. Ja, man kann dreist behaupten, daß selbst aus der chinesischen und indischen Literatur ebensoviel ins Deutsche übertragen worden ist, als aus der polnischen. Diese befremdende Erscheinung ist vielleicht zum Theil dadurch zu erklären, daß das Polenthum eine sehr abgesonderte und feindliche Zurückhaltung gegenüber dem Deutschthum eingenommen hat. Und so sehen wir auch in Folge dessen in Deutschland eine sehr große Gleichgültigkeit gegen die polnische Literatur; außer einem besonderen Fachblatte, nämlich dem „Magazin für die Literatur des Auslandes“ ist wohl nur noch die „Posener Zeitung“ das einzige deutsche Organ, welches der polnischen Dichtung eine eingehende Beachtung und eine sympathische Würdigung zu Theil werden läßt.

Wir begrüßen daher mit aufrichtigem Interesse eine neu erschienene Auswahl von Uebersetzungen polnischer Poesieen, die unter dem Titel „Iris, Dichterstimmen aus Polen“ (Leipzig, Verlag von Wilhelm Friedrich) von Heinrich Nitschmann herausgegeben worden sind. Nitschmann, der mit poetischem Talent und reicher Begabung eine genaue Kenntniß der polnischen Literatur verbindet, und bereits früher eine Sammlung von Uebersetzungen unter der Bezeichnung „Polnischer Parnaß“ erscheinen ließ, hat sich durch sein neuestes Werk ein wirkliches Verdienst erworben und die meisten anderen Polen-Uebersetzer durch Korrektheit und Glätte der deutschen Sprache, sowie durch Leichtigkeit der Nachdichtung bei Weitem übertroffen. Unter der Bezeichnung „Iris“, des siebenfarbigen Regenbogens, hat der Uebersetzer einige der besten Werke von sieben polnischen Dichtern, Mickiewicz, Słowacki, Krasiński, Odyniec, Franz Morawski, Vinzenz Pol und August Bielowski ins Deutsche übertragen. Er sagt im Vorworte:

Den warmen Herzen sei dies Buch geweiht,
Die, fern von Vorurtheil, mit Freudigkeit
Den Geisteshauch aus fremdem Lande grüßen.
— — — — — — — — — —
In sieben Farben prangt der Iris Glanz,
Wie ein Portal des Friedens anzusehen. —
So sei auch dieser siebenfache Kranz,
Der aus der Besten Geistesschatz entnommen,
Den besten Herzen meines Volks willkommen.

Der spezifische Hauch, der durch die polnische Literatur unseres Jahrhunderts geht, ist ein rein national-patriotischer. Nur bei Mickiewicz, dem polnischen Goethe, tritt dieser nationale Drang in den Hintergrund; dieser mystisch angelegte Dichter hatte es sich mehr zur Aufgabe gemacht, den Menschengeist in seiner Allgemeinheit und Totalität aufzufassen, und wie Goethe während der Befreiungskriege lediglich seinem Studium der Farbenlehre huldigte, so hat Mickiewicz, was ihm seine Landsleute zum Vorwurf machen, die Zeit des größten polnischen Freiheitskampfes, in Italien verträumt. Die übrigen polnischen Dichter sind in des Wortes strengster Bedeutung nationale Dichter. Und wer könnte ihnen dies auch, wenn man vorurtheilsfrei sein will, übel anrechnen! Wenn wir auch vom deutschen Standpunkte aus die politische Haltung der Polen gar oft mißbilligen, so können wir es doch vom allgemeinen menschlichen Standpunkte aus begreifen, daß sich die polnische Poesie mit Vorliebe in jene glanzvolle Zeit zurückflüchtet, da Polen in Europa noch eine Großmacht war. Die Klage des Memnon scheint aus diesen Poesieen wieder zu tönen — das Seufzen jener ägyptischen Steinsäulen, die beim Aufgehen der Eos einen klagenden, tief schmerzlichen Ton von sich geben!

Heinrich Nitschmann's Uebersetzung hat den Vorzug, daß sie bei genauer Anlehnung an das Original, wenig von dessen ursprünglicher Eigenthümlichkeit vermissen läßt. Dies sehen wir vor Allem an den von ihm übertragenen Balladen „Świteź“ (etne versunkene Stadt in Litthauen — das polnische Vineta) und „Switezianka“ (die Świteźmaid), welches letztere Gedicht zum Theil an Goethes „Fischer“ erinnert. Wie ein frommer Pilger singt Mickiewicz seine Lieder, einfach, rührend und ergreifend. Unter den von Nitschmann gelieferten Uebersetzungen ist besonders hervorzuheben die eines bekannten, volksthümlich gewordenen Liedes, welches bei den Polen ebenso populär ist, wie bei uns Heine's „Du bist wie eine Blume“.

Gdybym się zmienił w wstęgę złocistą
Co na twém czole połyska;
Gdybym się zmienił w tę szatę mglistą
Co piersi twoje przyciska.

u. s. w. Die Uebersetzung lautet:

Ich möchte das Band von Golde sein,
Das dein Haupt umgiebt mit strahlendem Schein.
Ich möchte sein das wallende Kleid,
Das deinem Busen die Hülle leiht:

Daran zu lauschen süß erregt,
Ob mir dein Herz erwiedernd schlägt,
Dem Busen, den dein Hauch belebt,
Zu folgen, wie er sich senkt und hebt.

Ich möchte sein der beflügelte Wind,
Der die frischen Blumen umkost so lind;
Zwar alle Blumen, sie lockten mich nicht,
Nur die Rosen auf deinem Angesicht.

Vielleicht, daß Gott barmherzig und mild
Dereinst mein heißes Sehnen stillt,
Daß in des Glückes sonnigem Schein
Mein Sein ganz aufgeht in deinem Sein.

In der zweiten Strophe hat der Uebersetzer allerdings das Versmaß nicht ganz korrekt inne gehalten. Auf eine andere Schwierigkeit ist Nitschmann auch bei der Uebertragung des Mickiewicz'schen Gedichtes „Dwa słowa“ (Zwei Worte) gestoßen. Diese beiden Worte heißen im Polnischen „Kocham ciebie“, im Deutschen sind es aber drei Worte „ich liebe Dich“.

I nie potrzeba tłumaczyć
Co chcę słyszeć, co zobaczyć:
Rzecz nie trudna i nie nowa
Moja luba! te dwa słowa!
„Kocham ciebie! Kocham ciebie!“

Der Uebersetzer hat die Ueberschrift „Dwa słowa“ nicht mit „zwei Worte“, sondern mit „drei Worte“ übersetzt. Nun, ultra posse nemo obligatur; und dies Mal liegt „das Können“ nicht am Uebersetzer, sondern an der Sprache.

Neben Mickiewicz ist wohl Julius Słowacki der bedeutendste polnische Dichter. Ja, wir stehen sogar nicht an, Słowacki in seiner großartigen gewaltigen Konzeption, in seiner ergreifenden Tragik zuweilen über Mickiewicz zu stellen. Sein „Jan Bieliecki“ ist ein erschütterndes Meister-Epos, welches zum mindesten neben Mickiewicz's „Pan Tadeusz“ und „Konrad Wallenrod“ gestellt werden kann. Auch die polnischen Literarhistoriker sind uneinig darüber, wem von beiden Dichtern sie den Preis der Palme zuerkennen sollen. Es macht sich dieselbe Rivalität zwischen Beiden geltend, wie zwischen Schiller und Goethe; aber während die beiden deutschen Dichterheroen stets durch das Band der Freundschaft verknüpft waren, hat Mickiewicz gegen Słowacki stets eine kalte Nichtachtung und Feindschaft zur Schau getragen. Wie Schiller im Vergleich zu Goethe mehr den nationalen Gedanken repräsentirte, so auch der nationale Słowacki im Vergleich zu Mickiewicz. Nitschmann hat von den Dichtungen Słowacki's den „Jan Bielecki“, sowie den „Vater der Pesterkankten in El-Arisch“ übertragen. Das erstgenannte epische Gedicht behandelt eine Episode aus der Zeit der altadeligen polnischen Machtfülle, der Rivalität der Großen mit dem Könige, un

Dr. Petri) schreibt dem „Rhein. Cour." über die kirchenpolitische Vorlage:

„Wer wünscht nicht, daß dieser leidige Kulturkampf sein Ende erreicht und die Summe geistiger Kraft, welche er verbraucht, auf anderen Gebieten im Dienste des Vaterlandes zur Verwendung käme? Aber den jetzt vorgeschlagenen Weg kann ich in keiner Richtung als einen geeigneten erachten, um zu einem erträglichen Verhältnisse zu gelangen. Ich sage zu einem erträglichen Verhältnisse, da bei den unversöhnlichen Gegensätzen von einem wahren Frieden zwischen der römischen Kurie und dem modernen Rechtsstaat niemals die Rede sein kann. Das kann aber auch bei einem nur oberflächlichen Studium der Vorlage nicht verborgen bleiben, daß, wenn von den darin geforderten Vollmachten voller Gebrauch gemacht wird — und der jetzige Kultusminister heißt Herr v. Puttkamer — auch nicht ein Atom von den Maigesetzen übrig bleibt. In meinen Augen ist diese Vorlage nicht der erste Schritt nach Canossa, sondern ein Extrazug dahin. So war es aber nicht gemeint, als wir mit der Regierung in langjährigem schwerem Kampfe im Hinblick auf die Bedürfnisse unseres Reiches und unseres Staates die erforderlichen Eck- und Grenzsteine aufzurichten wähnten, an welchen die römische Hochfluth zurückprallen sollte. Gerade diese Tragweite der Vorlage in materieller Beziehung, dieses Verlassen einer alten bewährten preußischen Tradition erregt aber in mir den Zweifel, ob im Grunde damit nicht ganz andere Zwecke erreicht werden sollen. Ich sträube mich zwar gegen den Gedanken, aber ich kann ihn nicht los werden, daß es sich lediglich um einen diplomatischen Schachzug behufs Schöpfung einer ergebenen parlamentarischen Mehrheit handelt. Wie gesagt, ich sträube mich gegen diesen Gedanken, aber ich kann ihn nicht los werden. Das Außergewöhnliche dieser Art Gesetzgebung, der Umstand, daß, wenn etwaige Härten der Kirchengesetzgebung beseitigt werden sollten, eine Revision viel näher gelegen hätte, können ihn mir nur in verstärktem Maße aufdrängen. Ganz abgesehen davon, daß ich kein Verständniß dafür habe, wie man eine so große Frage als Mittel zu so kleinen Zwecken benutzen kann, dürfte dieser Plan doch auch seine ethische Seite haben. Alles dies macht mir die Vorlage nicht allein unannehmbar, sondern sogar undiskutirbar. Ueber das Schicksal der Vorlage läßt sich noch gar nichts sagen. Das Zentrum scheint zu schwanken. Ich glaube, daß es die einzelnen Bestimmungen zu amendiren suchen, schließlich aber gegen das Ganze stimmen wird. Das Verfahren der französischen Republik, welche gerade jetzt längst vergessene, auf dem Fechtboden hinterlegte Waffen wieder in Gebrauch gesetzt, mag ihm zu denken geben und Geld kosten wird die Sache auch. Die Lage der nationalliberalen Partei scheint mir am schwierigsten. Bewilligt sie die Vollmachten und das Zentrum macht, um die ausgestellten Leckerbissen zu genießen, lieb Kind, dann hat sie sich selbst die Ruthe geschnitten, mit der sie jeden Augenblick gestrichen werden kann, wenn sie selbst nicht noch lieberes Kind macht. Fein ausgesonnen, da auch bei dem Fallen der Vorlage der Gewinn bleibt, eine immense Friedensliebe bekundet zu haben."

— Die verschiedenen Berechnungen, welche in den letzten Tagen über den voraussichtlichen Schluß der Nachsession des Landtages gemacht worden, treffen sämmtlich nicht zu. Zur Zeit ist noch nicht abzusehen, in welchem Umfange das Herrenhaus die Verwaltungsgesetze amendiren, und eine Zurückverweisung an das Abgeordnetenhaus nothwendig werden wird. Ebenso weiß man noch nicht, ob es überhaupt zu einer Ueberweisung der kirchenpolitischen Vorlage an das Herrenhaus kommt, und in diesem Falle nicht auch hierfür eine nochmalige Berathung des Abgeordnetenhauses nothwendig werden möchte.

— Der Ausfall der Reichstagswahl in Tübingen hat die Aufmerksamkeit auf die Stimmung des süddeutschen Volkes gelenkt. Wir entnehmen der gut (rechts-) nationalliberalen „Würtembergischen Landeszeitung" folgende Aeußerungen:

Die allgemeine Wahlflauheit ist ein Beweis dafür, daß das Volk nachgerade es müde wird, sich am politischen Leben zu betheiligen. Die Aufregungen, welche der Reichslanzler mit seinen Entlassungsgesuchen u. s. w. herbeiführt, haben naturnothwendig eine Erschlaffung des Volkes im Gefolge. Von sehr gut deutsch gesinnten Männern kann man hören: „Zu was soll man eigentlich noch wählen? Man steht immer vor der Alternative, entweder seine eigene Meinung, und wenn sie noch so sehr auf das Wohlergehen des Reiches gerichtet ist, aufgeben oder den genialen Lenker unserer auswärtigen, den Frieden so förderlichen Politik verlieren zu müssen. Wenn Männer wie Herr von Rudhart vor dem Vorwurf der Konspiration nicht sicher sind, dann gilt allerdings nur noch ein Wille in Deutschland" Wir schlagen den demokratischen Sieg nicht hoch an, aber zu dem diesmaligen Ausgang der Wahl im sechsten Wahlkreis hat der Gedanke, daß eigentlich Niemand in Deutschland mehr etwas zu sagen hat, außer dem Fürsten Bismarck, sehr viel beigetragen. Wenn sich die berliner Vorgänge der letzten paar Monate wiederholen sollten, dann ist uns um den Ausfall der nächsten Wahlen bange. Ein Vertuschen hilft da nicht nur nichts, sondern ist im Gegentheil gefährlich.

— Am Mittwoch fand vor der kaiserlichen Disziplinarkammer in Potsdam eine Verhandlung statt. Dieselbe bezog sich auf die Veröffentlichung des von dem Reichskanzler an den Finanzminister gerichteten Schreibens, die Freihafenstellung Altonas betreffend, welches bekanntlich vom Abg. Dr. Virchow im Reichstage verlesen worden war. Die Verhandlung währte von 1—6 Uhr; die Oeffentlichkeit wurde ausgeschlossen und das Geheimniß so streng bewahrt, daß jeder Zeuge sofort nach seiner Vernehmung abtreten mußte. Weder über das Resultat noch über den Namen des Angeschuldigten ist das Geringste in die Oeffentlichkeit gedrungen.

— Die Vorbereitungen für die Volkszählung im deutschen Reiche, welche am 1. Dezember d. J. erfolgen wird, sind bereits in vollstem Gange. Von der Aufnahme einer Bodenstatistik und Viehzählung wird wohl Abstand genommen werden. Die Gegengründe des Fürsten Bismarck gegen diese Maßnahme haben im Bundesrath dem Vernehmen nach einen günstigen Boden gefunden. — Vor Jahr und Tag sind übrigens Zählkarten, Protokolle 2c., von der letzten Volkszählung herrührend, in großen Partien nach Amerika verkauft worden, wo dies Material zu sogenanntem endlosen Papier verarbeitet wird.

— Kaum hat die Nachfrage nach Kohlen, welche der lange, harte Winter so gesteigert hatte, daß wohl sämmtliche Kohlengruben ihre Bestände räumen konnten, nachgelassen und ein Herabgehen der Preise begonnen, so fängt man auch in den betheiligten Kreisen wieder an, die Einführung eines Kohlenzolls zu erörtern. Eine Petition zu Gunsten eines Kohlenzolles wird denn auch bereits in Aussicht gestellt, und schreibt man in Bezug darauf aus Zwickau:

„Mehrere Werks-Direktoren sind, wie deren Geschäftsberichte beweisen, ganz schutzzöllnerisch gesinnt, und da die Schutzzöllner immer nur auf ihren eigenen Nutzen zuerst bedacht sind, so ist es kein Wunder, daß man hier den neuen Zolltarif des deutschen Reiches noch für lückenhaft ansieht, weil er die Position „Zoll auf Stein- und Braunkohlen" noch nicht enthält. Der Vizepräsident des Reichstages, Hofrath Ackermann in Dresden, hat sich schon früher sehr warm für den Kohlenzoll verwendet, und da man angefangen hat, an dem Tarif zu rütteln, so ist es doch möglich, daß erneute Versuche wenigstens gemacht werden. Ob sie von Erfolg sind, ist fraglich."

Uns scheint es außer Frage zu stehen, daß sie keinen Erfolg haben werden, denn sowohl unsere Industriellen als unsere Landwirthe sind trotz aller Reden vom Schutz der nationalen Arbeit doch viel zu egoistische Geschäftsmänner, als daß sie sich allein um der theoretischen Konsequenz willen einen Zoll gefallen lassen sollten, der nothwendig den für jeden Dampfmaschinenbetrieb unentbehrlichen Brennstoff vertheuern müßte. In diesem Falle werden sie schwerlich an dem Wunderglauben von dem durchs Ausland getragenen Zoll festhalten.

— In Schlesien hat man die traurige Erfahrung gemacht, daß die Anwendung des nach dem neuen Verfahren denaturirten Spiritus zu technischen Zwecken gesundheitsgefährliche Folgen hat. Der steuerpolitische Scharfsinn hat nach dem Denaturirungs-Verfahren außer Acht gelassen, daß sich aus dem denaturirten Spiritus ein Aethergas entwickelt, welches Erkrankungen der Arbeiter hervorruft, die in solchen Betrieben, wo steuerpolitisch zurechtgemachter Spiritus in Anwendung kommt, arbeiten. Besonders werden dadurch Augenkrankheiten hervorgerufen, bezüglich welcher in Liegnitz genaue Untersuchungen angestellt worden sind. Vermuthlich wird das Fabriken-Inspektorat seinerseits Beobachtungen über die Wirkung der jetzigen Denaturirungsmethode vornehmen. Auch wird von industrieller Seite selbst das Reichsgesundheitsamt auf die gemachten Erfahrungen aufmerksam gemacht werden, welche sich keineswegs blos auf Schlesien beschränken.

— Die früher erwähnte Denkschrift der Osnabrücker Handelskammer über die Wiedereinführung der Schuldhaft macht jetzt wieder viel von sich reden, da allmählig die Antworten der übrigen kaufmännischen Korporationen Deutschlands bekannt werden. Außer der Münchener Handels- und Gewerbekammer, die erst in diesem Monat sich erklärt hat, hatten bis Ende April die Korporationen zu Bielefeld, Barmen, Kiel, Flensburg, Mannheim, Freiburg, Lübeck, Göttingen, Danzig, Berlin, Duisburg, Mühlheim a. R., Würzburg, Grünberg, Gießen, Trier, Siegen die Frage der Osnabrücker Handelskammer beantwortet. Von den Genannten hatten sich die ersten elf mehr oder weniger ablehnend, die übrigen zustimmend zu dem von Osnabrück eingenommenen Standpunkte verhalten. Die Osnabrücker Handelskammer will in ihrer demnächstigen Sitzung ein Exposé über sämmtliche Aeußerungen behufs Beschließung fernerer Maßnahmen entgegennehmen.

— Die Fehde innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wird interessanter und — gröber. Wer die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, wer besonders den Kampf zwischen den „Lassalleanern" und den eisenacher „Ehrlichen" kennt, wird sich nicht wundern, daß auch gegenwärtig wieder gegenseitige Verdächtigungen und Beschimpfungen die Hauptrolle spielen. „Hie Hasselmann! Hie Liebknecht-Hasenclever!" heißt jetzt die Parole. Daß Herr Most sich auf die Seite Hasselmann's gestellt hat, war vorauszusehen, er schimpft wacker auf die sozialdemokratischen Abgeordneten los und nennt sie „Götzendiener des goldenen Sozialistenkalbes". Die Gegner Hasselmann's rächen sich natürlich in ebenso wenig anständiger Weise. In einem hamburger sozialistischen Blatte, zu dessen Redaktion der Reichstagsabgeordnete Auer, sowie die früheren Abgeordneten Blos und Reimer gehören, wird aus dem Hasselmann ein „Hampelmann und „politischer Struwelpeter", der ein abgesagter Feind von Kamm und Seife sei. Man sieht, bis zu welchem Ton die sozialdemokratische Polemik gediehen ist. Uebrigens erfährt man durch den Streit, daß Hasselmann bereits seit längerer Zeit aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgeschieden war. In einem Briefe eines Anhängers Hasselmann's an Most heißt es:

„Hasselmann wird in dem züricher „Sozialdemokrat" von den tapferen Schreiberseelen hinter den Bergen ganz ohne Umschweife als „der ehemalige sozialdemokratische Abgeordnete Hasselmann" titulirt. Es fragt sich nun, wer denn heute eigentlich die „Partei" ist, welche so telegraphisch unverfroren ihr Verdikt spricht und bewährte Männer aus ihren Reihen weist? Was die sozialdemokratische Parlamentsfraktion, den leipziger Ring, betrifft, so ist Herr Hasselmann ja schon längst nicht mehr als ein Glied derselben betrachtet worden, weil er sich gewissen Leuten als nicht gefügig genug erweisen wollte. Im Anfange der letzten Reichstagssession, als Hasselmann nach dem Parla-

---

der Vergewaltigung des Landfriedens. Sieniawski, ein polnischer Großer, kann es nicht ertragen, daß Bielecki, ein kleiner tapferer Edelmann, sich „auf seinem Krautbeete" bläht; während Bielecki seine Trauung feiert, unternimmt Sieniawski mit seinen Getreuen einen sog. „Einritt" auf das Gut Bielecki's und macht dessen Behausung der Erde gleich. Der Gekränkte geht zu den Tataren, nimmt den muselmanischen Glauben an, überfällt dann das Schloß Sieniawski's und tödtet denselben. Verflucht von der Kirche, findet er sodann ein trauriges Ende. Trefflich ist von Nitschmann die folgende Stelle übersetzt, in der Sieniawski den ganzen Stolz des polnischen Großen zum Ausdruck bringt:

Was mag wohl unser stolzer Stephan*) meinen?
Vielleicht zu herrschen Deutschlands Fürsten gleich?
Ein gothisch Bauwerk ist das Polenreich,
Das tausend Säulen tragen und vereinen;
Nur eine dieser Säulen nehmt ihm fort,
Und nichts vermag dem Sturz des Bau's zu wehren,
Ich will die eine Säule sein — und wären
Des Baues Trümmer mein Begräbnißort.

Im Original von Słowacki heißt es:

Nasz dumny Stefan do czegoż on zmierza?
Smiałżeby władać jak niemiecki książe?
Wszak nasze państwo to gotycka wieża
Z tysiącznych kolumn składa się i wiąże;
Niechaj się jedna usunie kolumna,
Gmach cały runie, cały się rozprzęże
Ja się usunę! Niech mię grom dosięże,
Gmach cały runie, dla mnie tylko trumna!

Ergreifend ist die Schilderung jener Szene bei der schlichten Dorfkirche auf dem Stammgute Bielecki's, in welche der mit dem Bann belegte Apostat nach Ausübung seiner Rache reuig eintritt und in der er die Verkündigung des Bannspruchs anhören muß.

Ein Kirchlein war's, von Lärchenholz gezimmert,
Hinfällig schon, von Pfeilern unterstützt,
Des Daches Blech im Schein der Sonne blitzt,
Ihr Lichtstrahl, durch die Fenster zitternd, schimmert
In schöner, mannigfacher Farbenhelle.
Drei Birken ragen weinend dran empor,
Aus ihren Wipfeln blickt ein Kreuz hervor,
Ein Bettler nur weilt betend vor der Schwelle,
Die Blumen auf dem Friedhof rings verleihen
Der Liebe Schmuck des Dorfes Gräberreihen.

Der greise Pfarrer verkündigt seiner Gemeinde, daß der frühere Gutsherr durch den Primas in den Bann gethan sei. Der Apostat stürzt zu Boden und wird von seinen ehemaligen Unterthanen als Verfluchter erkannt und verlassen. Anna, sein treues, ihm ehemals flüchtig angetrautes und nun wiedergefundenes Weib, reißt die Kreuze vom Kirchhofe aus und gräbt ihm ein Grab:

Sie sprach's und riß ein Kreuz heraus, bedacht
Ein Grab damit zu graben für den Gatten,
Doch fühlte sie die Kräfte bald ermatten,
Und still und traurig nahte jetzt die Nacht,
— — — — — — — — — — —
Und Anna, einsam in der finstern Nacht,
Pocht an die Kirchhofsthür verschied'ne Male,
Ob ihr dort Hilfe wird von Gottes Macht;
Und wieder glänzt der Mond, in seinem Strahle
Erscheint wie zarter Nebel die Gestalt;
Sie schlägt das Thor mit immer mattern Händen,
Das Echo, das zurück vom Kirchhof schallt,
Wird schwächer jetzt, kaum hörbar, um dann bald
Mit der erschöpften Kraft der Maid zu enden,
Wie ein Gebet, wie ferner Sang verhallt.
Die Jungfrau schlief auf harter Stelle ein, —
Es wird vielleicht ein Schlaf auf ewig sein.

Von den Dichtungen Sigismund Krasiński's hat Nitschmann mehrere kleinere recht gut übertragen. Wir nennen vor Allem das auf das verkommene Italien bezügliche Gedicht „Nun liegst du dem gefall'nen Engel gleich" (Jak anioł spadły, leżący w piękności). Ob der polnische Dichter wohl, bei diesem elegischen Gesang auf das aus früherem Glanze herabgesunkene Italien, ein anderes nordisches Land im Auge gehabt hat, das ebenfalls „dem gefall'nen Engel gleich" im Schlafe „auf seinen Gräbern ruht"?! — Von Odyniec erwähnen wir die Uebertragungen der Balladen: „Der Kriegsgefangene", „Die Hochzeit"; von Franz Morawski: „Die Visite in der Nachbarschaft", eine idyllische ländliche Schilderung, wie der altpolnische Edelmann Wojski eine Landfahrt und einen Besuch in die Umgegend unternimmt. Von Vinzenz Pol hat Nitschmann den Sang „Pieśń o ziemi naszéj" (Das Lied von unserm Lande), ferner den „Starosten von Kisla", eine Jägeridylle, übertragen. — Leider gestattet uns der Raum nicht, hier Bruchstücke daraus mitzutheilen und mit dem Originaltext zu vergleichen. — Der siebente Dichter in dem „Irisbogen" ist August Bielowski, der durch eine Uebersetzung des „Liedes von Heinrich dem Frommen" vertreten ist, welcher Letztere bekanntlich in der Mongolenschlacht bei Wahlstatt fiel.

Eine frische, Thautropfen gleiche Reinheit strahlt aus allen diesen Poesieen wieder. Sie haben nichts Kosmopolitisches, nichts Alltägliches an sich, und darum werden sie das Interesse auch des deutschen Lesers in vollstem Maße wecken. Das Nitschmannsche Buch mag daher insbesondere den gebildeten deutschen Kreisen unserer Heimathsprovinz empfohlen werden, vorausgesetzt, daß dieselben das Bedürfniß fühlen, sich auch mit den geistigen Schätzen eines Volkes vertraut zu machen, mit dem wir zusammen dieselbe Scholle bewohnen. Jedenfalls verdient aber die deutsche Uebertragung der „Dichterstimmen aus Polen" ihren Platz auf den Tischen unserer gebildeten Kreise weit eher, als die Uebersetzungen von so vielen seichten Romanen des Auslands.

Dr. P. Hörner.

*) Stephan Bathory, König von Polen.

Ausgrabungen bei Neu-Laskowo (Nadolnik),

von Albin Kohn.

Vor mehreren Wochen brachten die Zeitungen eine kurze Notiz über die Entdeckung eines Gräberfeldes bei Neu-Laskowo (Nadolnik), das zwischen Kolmar i. P. und Samotschin liegt. Ich reiste am 16. Mai d. J. dahin, um diese Grabstätte zu untersuchen und Herr Julius Jacobi, der Besitzer des Mühlenetablissements gab in zuvorkommender Weise die Erlaubniß Nachgrabungen anzustellen, bei denen mir sein Neffe, Herr Gustav Jacobi bereitwilligst Hülfe leistete.

Die Grabstätte liegt einige hundert Schritt östlich vom Mühlen-Etablissement „Nadolnikmühle", hart am Wege nach Samotschin und ist jetzt größtentheils mit Roggen bestellt. Nur der Südwestrand ist frei und es wird hier Sand gegraben. Kaum hatten wir die Arbeit begonnen, da stießen wir auch schon auf ein Grab, in welchem jedoch sämmtliche Gefäße zerdrückt waren. Im Ganzen öffneten wir im Verlaufe von ca. 1½ Stunde gegen acht Gräber, die ziemlich nahe nebeneinander lagen. Diese Gräber hatten die Eigenthümlichkeit, daß die Urnen und Beigefäße unmittelbar im Boden standen und von Steinen nicht umgeben waren; nur eins machte eine Ausnahme von dieser Regel, denn es war theilweise mit kleinen Steinen ausgelegt. Die meisten Urnen befanden sich nicht mehr in einer natürlichen Lage, sondern waren theils auf die Seite geneigt, theils aber ganz umgestürzt, was Herr Jacobi dem Umstande zuschreibt, daß als die Stubben, welche nach Abwaldung der Fläche zurückgeblieben waren, gerodet wurden, die hiermit beschäftigten Arbeiter die Urnen umgestoßen haben. Daß aber auch die Wurzeln der Kiefern, mit denen die ganze Fläche einst bestanden war, Vieles vernichtet haben, davon hatte ich Gelegenheit mich durch den Augenschein zu überzeugen, denn ich fand eine verfaulte Kiefernwurzel, welche sich an einen Urnendeckel so eng angeschmiegt hatte, daß ein Theil von diesem hierdurch abgequetscht war. Trotz der Menge zerstörter Gefäße, die wir in den Gräbern fanden, war die Ausbeute noch eine recht bedeutende, denn sie setzte uns in den Besitz von ungefähr zwanzig mehr oder minder gut erhaltenen Gegenständen.

Eine große Urne hat eine senkrechte Höhe von 25,5 Ctm.; ihre Oeffnung einen Umfang von 70, einen Durchmesser von 22, der Boden einen Umfang von 35 und einen Durchmesser von 11 Ctm. Der scharf markirte Bauch hat einen Umfang von 28 Ctm., während jede Hälfte von der scharfen Bauchkannte ab eine Länge von 15½ Ctm. hat. Diese Zahlen sprechen für sich!

Die Urne war mit kalzinirten Knochen und Asche ganz gefüllt. Bei einer eingehenden Untersuchung dieses Inhaltes bemerkte ich an

mente ging, trat ihm Herr Vahlteich entgegen mit den Worten: „Sie sind, so leid es mir thut, gegen meine Stimme von unserer Fraktion ausgeschlossen worden." Seit jener Zeit mußte Herr Hasselmann als „Wilder" fungiren. Wer sich aber wilder benahm, wird Jeder begreifen, der erfährt, wie man seit jener Stunde sich bemühte, Hasselmann politisch, moralisch und physisch todt zu machen. Man entzog ihm die Diäten und suchte seine in Hamburg erscheinende „Deutsche Zeitung" zu vernichten. Damit konnte man wohl seine materielle Existenz beeinträchtigen (ganz wie es rachsüchtige Bourgeois ungefügigen Lohnsklaven gegenüber thun), allein es gelang nicht, ihn unter das Diktum des leipziger Ringes zu beugen.

Wir möchten vorläufig diesen „Kampf der Geister" nicht gestört wissen.

— Der Minister v. Puttkamer hat jetzt selbst die sämmtlichen ihm unterstehenden Behörden, von denen manche eifrig sich sofort der neuen Orthographie zugewandt hatten, amtlich angewiesen, in allen Dienstsachen bei der alten Orthographie zu bleiben, da ja die Absicht lediglich darauf gerichtet gewesen sei, in den Schulen eine gleichmäßige Orthographie herbeizuführen. Dies würde, wie die Erfahrung in Baern gelehrt habe, allmählich nicht allein die Menge der jüngeren gebildeten Leute, sondern auch eine größere Anzahl älterer Personen dahin führen, die neue — für die Schulen obligatorische Rechtschreibung anzuwenden, und so sei von der Einführung dieser Rechtschreibung in den Schulen mit der Zeit auch eine Einbürgerung derselben in der ganzen Bevölkerung zu erwarten. Dann sei es auch vielleicht geboten, diese Rechtschreibung in allen Zweigen des Staatsdienstes zur Durchführung gelangen zu lassen. Vorläufig sei das aber noch zu früh und auch von ihm bei seinem Erlasse nicht beabsichtigt. Bis auf Weiteres müsse der Gleichmäßigkeit in allen amtlichen Aktenstücken halber die alte Rechtschreibung beibehalten werden, das wolle er für sein Ressort damit bestimmt anordnen.

— Zu dem Fest der 50jährigen Unabhängigkeitserklärung Belgiens wird nach dem Vorgange Englands und Frankreichs auch seitens deutscher Städte die Abordnung von beglückwünschenden Deputationen geplant. Die Verhandlungen sind bereits im Gange.

— Die Verwaltung des Reichs- und Staats-Anzeigers" hat in dem Etatsjahr 1879—80 einen Netto-Ueberschuß von 77,224,66 M. ergeben. Von diesem Betrage erhält bestimmungsgemäß die deutsche Reichskasse ein Drittel mit 25,741,55 M., während zwei Drittel, also 51,483,11 M., der preußischen Staatskasse zufließen.

— Der „Frankfurter Zeitung" geht mit Bezug auf ihre Mittheilung über eine Sitzung des Verwaltungsrathes der Norddeutschen Bank, an der Herr Pindter theilgenommen haben sollte, folgende Erklärung zu:

Mit Berufung auf Art. 11. des Preßgesetzes ersuche ich diese Angaben dahin zu berichtigen, daß ich einer Sitzung des Verwaltungsrathes der Norddeutschen Bank überhaupt nicht beigewohnt habe, in einer vertraulichen Besprechung eines, vom Verwaltungsrathe eingesetzten Ausschusses aber auf eine dahin zielende Frage rundweg abgelehnt habe, über interne redaktionelle Angelegenheiten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" irgend welche Auskunft zu ertheilen. Ergebenst C. F. Pindter, Königl. Kommissions-Rath.

Rußland und Polen.

○ **Petersbnrg,** 23. Mai. [Feldzug gegen die deutschen Lehrer. Der „Golos" und das leipziger „russische Seminar".] Der „Golos" widmet der nationalen Bildung einen längeren Artikel, in welchem er ausführt, daß nur geborene Russen den nationalen Charakter des Volkes bilden können. Trotzdem dies als Axiom betrachtet werden müsse, habe man — wie es am Schlusse des Artikels heißt — ganze Haufen von fremden Menschen als Lehrer, nicht selten sogar als Direktoren herbeigerufen, welche sich der russischen Schule bemächtigt und ihr einen düstern, unheimlichen Charakter gegeben haben, den man schon an den russischen Erziehungsinstituten zu sehen gewohnt ist. Man habe sogar für russisches Geld im Auslande Seminare gegründet, in welchen, außer russischen Unterthanen, auch westliche Slawen, namentlich österreichische und sächsische, und geborene Deutsche, deutsche Unterthanen aufgenommen werden, welche irgend eine slawische Sprache erlernen wollen. Alle diese „geborenen Deutschen", welche keine slawische Sprache kennen, kommen in das im Jahre 1873 in Leipzig gegründete Georgsseminar, lediglich um den Zustrom von Menschen in Rußland zu vergrößern, welche einen so ungeheuren Druck auf die russische Schule ausüben, und von denen erlöst zu werden ein wahres Glück wäre. Bei dieser heikelen Frage sei nicht blos die russische Schule interessirt: hier spiele auch das Interesse des Staatsschatzes eine Rolle. Am unangenehmsten werde jedoch das russische patriotische Gefühl berührt. Ueber das leipziger Seminar will der „Golos" noch besonders sprechen; es entsteht nur die Frage, ob er hierbei auch der Verdienste, welche sich nicht allein dieses Seminar, sondern überhaupt die Männer der deutschen Wissenschaft um das Wissen der Russen erworben haben, erwähnen wird.

Petersburg, 25. Mai. [Zur Verurtheilung Weimar's. General Fadejew. Revolutionäre Proklamationen in hebräischer Sprache.] Es ist bereits mitgetheilt worden, daß Weimar zu 15jähriger Zwangsarbeit verurtheilt worden ist. Mit Weimar's Revolver sind laut der Anklage zwei Attentate gemacht worden, von Mirski auf Drenteln und von Solowiew auf den Kaiser. Daß Weimar den Revolver gekauft hat, stand schon seit dem Prozeß Solowiew, nach Aussage des Waffenhändlers, unzweifelhaft fest; zudem erfolgte der Ankauf zu einer Zeit, in welcher Weimar keine Sprechstunden hatte. Der öffentliche Ankläger erklärte Weimar für das Haupt einer Anzahl Verschworenen, Mirski und Solowiew nur für seine Werkzeuge; er hielt es für erwiesen, daß auch das bewußte Pferd, trotz gegentheiliger Aussage zweier Zeugen, Weimar gehört hat und von diesem den Nihilisten zur Verfügung gestellt worden. Weimar, meinte der Staatsanwalt, sei schon seit 1878 verdächtig gewesen; man habe ihn beobachten lassen, und unmittelbar nach dem 14. April 1879 sei seine Verhaftung erfolgt. In Paris habe Weimar mit Nihilistenführern verkehrt. Weimar sei weit schuldiger als Michailow. Michailow wurde nicht gut vertheidigt, benahm sich aber ruhig und ernst. Weimar ebenfalls. Der Vertheidiger Michailows verlangte Verlesung des Protokolls über die Vermessung der Strecke, welche die Droschke auf der Flucht nach dem Morde Mesenzew's zurückgelegt. Es waren im Ganzen 20 Werst. Der Vertheidiger Weimar's fragte an, ob er sich auf das Protokoll des Solowiew'schen Prozesses berufen dürfe, welche Bitte abgeschlagen wurde. — Der als Militärschriftsteller bekannte und verabschiedete General Fadejew ist wieder in den Dienst getreten und unter Zuzählung zur Armee zum Infanterie-Generalstab kommandirt worden. — In Kiew wurden, wie der „Kiewljanin" meldet, 15 Juden verhaftet, bei denen man aufrührerische Proklamationen in hebräischer Sprache vorfand. (Köln. Ztg.)

[Ein falscher Schevitsch.] Der newyorker Korrespondent der „Daily News" schreibt: „Mr. S. E. Schevitsch ist ein Russe, welcher mit einer deutschen Zeitung sozialistische Tendenzen, die in Newyork erscheint, in Verbindung steht. Ich fand ihn vor einigen Tagen in einem Zustand größter Verwunderung über die ihm aus London zukommenden Berichte, denen zufolge er wegen der Explosion im petersburger Winterpalaste daselbst verhaftet worden sei und ein Geständniß seiner Schuld abgelegt habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der in den petersburger Depeschen erwähnte Schevitsch dieselbe Persönlichkeit ist, denn die in den Telegrammen angeführten biographischen Einzelheiten weisen sämmtlich auf den newyorker Journalisten hin. Der Gefangene soll ein Bruder des Gouverneurs von Kaluga und ein ehemaliger Student der petersburger Universität sein, die er im Jahre 1870 verlassen hat. Der Herr, den ich hier getroffen, erklärte, um besagte Zeit jenes Institut besucht zu haben und der einzige Schevitsch an der Universität gewesen zu sein. Er hat zwei Brüder; einer derselben ist Gouverneur von Kaluga, der andere Legationssekretär in Rom. Keiner derselben dürfte sich so leicht an der Nihilistenverschwörung betheiligen. Es scheint hier ein Irrthum oder ein Versuch des Gefangenen vorzuliegen, die Behörden zu täuschen, möglicherweise behufs besseren Schutzes seiner Mittheilungen." — (Herr Schevitsch in Newyork ist Redakteur der „Newyorker Volks-Ztg." und seit etwa zwei Jahren mit Frau Helene von Racovitza-Dönniges verheirathet.)

Amerika.

[Die Aufstellung Grant's zum republikanischen Kandidaten für die Präsidentschaft der Vereigten Staaten] scheint nunmehr gesichert zu sein. Einer Newyorker Nachricht der „Times" zufolge sind bis jetzt von den 756 Delegirten, aus welchen die in Chicago zusammentretende republikanische Konvention zusammengesetzt ist, 712 gewählt worden, von denen durch Anweisung oder aus freien Stücken dem Vernehmen nach 356 für General Grant sind, 223 für Senator Blaine, 72 für Mr. Sherman, 34 für Mr. Edmunds, 17 für Mr. Washburne und 10 für Mr. Windom. Alabama, Louisiana, Colorado und Idaho haben ihre Delegirten noch zu wählen. Von diesen Staaten wird Grant wahrscheinlich 36 Stimmen erhalten, so daß er 392 oder 23 über eine Majorität haben wir.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 28. Mai. [Abgeordnetenhaussitzung.] Erste Lesung des kirchenpolitischen Gesetzes. Kultusminister v. Puttkamer empfiehlt den Entwurf dem Wohlwollen und dem erleuchteten Patriotismus des Hauses. Der Redner will nicht sofort den Einwendungen gegen das Gesetz begegnen, sondern will nur die Umstände darlegen, unter denen dasselbe entstanden, und seine Ziele beleuchten. Jede Polemik will Redner vermeiden und nur zur Abwehr anwenden. Redner war immer überzeugt, daß der Ausgleich, und zwar nur allmälig, nur auf dem Boden der preußischen Landesgesetzgebung zu erzielen sei. Seine bezüglichen früheren Zusagen erfülle der vorliegende Entwurf. Daß man nur allmählich vorgehen könnte, hätten die wiener Besprechungen bewiesen, die keineswegs den Charakter von Verhandlungen trugen. Die Grundlinien des Rechtszustandes bilden nach wie vor die Maigesetze. Die katholische

---

einem Stücke Schädelknochen einen grünen Fleck, der darauf hinwies. daß Bronze am Knochen gelegen. Es wurde denn auch sofort danach gesucht, und endlich wurde in der Asche ein Stückchen Bronze von 17 mm Länge und ca. 14 mm Breite gefunden, das ein Bruchstück von einem nicht erkennbaren Gegenstande ist. Von Beigefäßen fanden sich in diesem Grabe mehrere größere Urnen, welche jedoch zerdrückt waren, und ein becherförmiges Töpfchen aus rothem Thon, unten mit sechs unregelmäßigen Riefen verziert und mit einem abstehenden Henkel ausgestattet. Die nicht genau runde Oeffnung hat einen Durchmesser von 56 mm, der Boden eine solche von 37 mm. Außerdem stammt aus diesem Grabe ein Töpfchen, das 36 mm hoch ist, dessen Bauch einen Umfang von 186 mm hat, während die Peripherie der Oeffnung nur 143 mm beträgt. Der Boden ist durch eine Vertiefung hergestellt, der Henkel abgebrochen. Ein diesem ähnliches Töpfchen, jedoch ohne Henkel, wurde bereits früher ausgegraben.

Aus einem zweiten Grabe stammt eine Urne von 14,8 Centimeter Höhe. Ihr größter Umfang beträgt 60 Ctm., während die Oeffnung einen Umfang von 49, der Boden einen solchen von 27 Ctm. hat. Vom Boden bis zur größten Bauchweite mißt diese Urne 75 mm, während der obere Theil 95 mm hoch ist. In der Nähe der größten Bauchweite ist das Gefäß mit 5 Riefen verziert. Diese Urne ist augenscheinlich aus freier Hand gemacht; man bemerkt dies an dem unebenen Boden. Sie war mit einem schüsselartigen, mit einem kleinen Henkel ausgestatteten Deckel zugedeckt, von dem nur das Stück fehlt, welches, wie oben gesagt, von einer Wurzel abgebrochen wurde. Auch diese Urne war mit verbrannten Knochen und Asche gefüllt, unter denen sich ein tönnchenförmiger, 79 mm langer, an beiden Enden abgeplatteter Gegenstand befand, den ich anfangs für einen Netzbeschwerer hielt, weil sich an beiden Enden kleine Löcher wie zum Durchziehen eines groben Fadens befinden. Als dieser Gegenstand vollkommen getrocknet war, stellte es sich heraus, daß er eine Kinderklapper sei, welche die Mutter ihrem kleinen Lieblinge mit ins Jenseits gegeben hat. Diese Klapper hat einen eigenthümlichen fettigen Glanz, und es scheint, daß der Meister es bereits verstanden habe, seinen Gefäßen eine gewisse Glasur zu geben. Diese Thatsache wird noch durch einen anderen Umstand unterstützt. Ich fand nämlich bei einem bereits früher geöffneten Grabe ein Stück von einem Gefäße, das innen tief schwarz, außen aber gelblich grau ist und einen matten fettigen Glanz hat. Das Gefäß, von dem dieser Scherben stammt, muß sehr alt gewesen sein, denn die zu ihm verwandte Masse ist stark mit Quarzkörnchen vermischt und außerdem ist auch die Wandung dermaßen ungleich, daß sie an einer Stelle eine Dicke von 8, an einer anderen Stelle eine solche von 5 und 4 mm zeigt. Schon früher wurde in einem Grabe eine Klapper gefunden, die eine seltsame Form zeigt, denn sie ist einer kleinen Schelle nicht ganz unähnlich, lauft an einem Ende verdünnt zu und hat an diesem Ende ein Loch, durch welches wohl ein Faden gezogen war, mittelst dessen das Spielzeug dem Kinde um den Hals gehängt wurde. Dieser Gegenstand hat eine Höhe von 3 Ctm., und sein größter Durchmesser beträgt ca. 26 mm.

Dies ist die gewöhnliche Ansicht der polnischen Forscher über die Bedeutung der Klappern. Anders deutet ihr Vorhandensein in den vorhistorischen Gräbern A. Bastian (Zeitschrift f. Ethn. 1872); er vergleicht sie mit Klappern, deren sich noch jetzt wilde Völkerschaften zur Verscheuchung böser Geister bedienen. Diese Ansicht gewinnt noch an Wahrscheinlichkeit, wenn wir uns des schnurrenden Gebetrades der Buddhisten und des egyptischen Sistrum erinnern, auch das im Auge behalten, daß die alten Slawen die Naturkräfte vergötterten und überall gute und böse Geister sahen. Eine große Anzahl von Pflanzen dient noch heute dem polnischen Landvolke zum Vertreiben böser Geister und es unterliegt keinem Zweifel, daß die heidnischen Polen an dem Menschen feindliche Geister glaubten, und daß sie deshalb den Verstorbenen Klappern mit ins Grab gaben, mit deren Hülfe sie dieselben vertreiben sollten. Die hier angeführten Umstände veranlassen mich, Bastians Ansicht zu adoptiren.

Eine schöne circa 17 Cm. hohe Urne fanden wir in einem dritten Grabe. Der weite Bauch ist mit vier (je doppelten) halbmondförmigen Eindrücken verziert, die mit den Hörnern nach unten geneigt sind und je einen Buckel umgeben. Die Urne ist, bis auf ein kleines Loch im Boden, gut erhalten. Der gräulich schwärzliche Lehm scheint geschlämmt zu sein; zum mindesten ist er sehr fein und gut durchgearbeitet. Drei Buckel sind abgebrochen, und nur der untere Henkel gut erhalten. Schon früher wurde eine dieser ganz ähnliche, jedoch nur 8,5 Cm. hohe Urne gefunden, welche da, wo der Hals an den Bauch anschließt, mit zwei kleinen Henkeln versehen ist. Herr Jacobi hat mir diese Urne freundlichst überlassen. Sollte das sonderbare Größenverhältniß dieser beiden Urnen eine Zufälligkeit sein? Es will mir nicht recht scheinen, zumal wir in einem anderen Grabe eine Urne gefunden haben, welche genau im verjüngten Maßstabe der im zweiten Grabe gefundenen größeren Urne nachgearbeitet ist.

Von Beigefäßen, die wir in den verschiedenen Gräbern gefunden haben, sind beachtenswerth: zwei Eßlöffel mit schön geformten Henkeln, ein kleines Töpfchen, das unsern Sahntöpfchen nicht ganz unähnlich ist, ein Töpfchen, das ganz die Form unserer größeren Tassenköpfe hat, ein sehr rauher ca. 16 Cm. hoher Topf mit Henkel, der vorn am Rande mit einer kleinen Spitze verziert ist, und ein Topf aus röthlichem Thon und zwei kleinen Henkeln, oben und unten gleich weit. Trotz der Unförmlichkeit ist dieser Topf in der Henkelgegend und in der Nähe des Bodens mit je drei Reifen verziert. Die Löffel sind übrigens den hölzernen Löffeln, welche noch heute von russischen Bauern benutzt werden, vollkommen ähnlich. Ein großer Schöpflöffel derselben Form, mit einem kleinen Schnabel, wurde schon früher gefunden und mir von Herrn Jacobi überlassen. Beachtenswerth ist die Form der Henkel an diesen drei Löffeln, sie sind dem fast ganz ähnlich, welcher sich an einem im Torfe bei Oppeano in der Nähe von Verona gefundenen Gefäße aus der ersten Eisenzeit befindet,[1]) während die Form, Verzierung und die Henkel anderer Gefäße viele Aehnlichkeit mit Gefäßen aufweisen, welche bei Catargua in der Provinz Brescia, nördlich von Solferino, im Torfe, und bei Cavriana unfern von Mantua gefunden wurden.[2])

Vor nicht langer Zeit stieß Herr Gustav Jacobi in der Nähe dieses Begräbnißplatzes auf ein Pflaster, das ihm die Stelle zu sein schien, auf welcher die Urnen gebrannt wurden; aller Wahrscheinlichkeit nach war es die geheiligte Stätte, auf welcher der Scheiterhaufen errichtet und die Leiche verbrannt wurde. Auch wir stießen am 16. Mai beim Graben in einer ziemlichen Tiefe auf Holzkohlen, indeß läßt sich nicht feststellen, ob sie von einem Leichenbrande oder von einem Feuer herrühren, das die Arbeiter beim Roden des Waldes angezündet haben.

Wenn wir nach dem Alter der Grabstätte fragen, so müssen wir sie, da wir keine Spur von Eisen gefunden haben, der sogenannten Bronzeperiode, d. h. der Zeit zuschreiben, in welcher das Eisen noch selten war und gewiß nur zu den allernothwendigsten, unentbehrlichen Gegenständen benutzt wurde. Außer dem Stückchen Bronze, welches wir gefunden haben, hat Herr Jacobi schon einige Male Stückchen zerbrochener Bronzeringe gefunden, die er jedoch, weil er sie für unwichtig gehalten, wegwarf. Nach der Aussage des Herrn Jacobi und dem, was wir gefunden, scheint es, daß man die Bronzesachen, welche dem Todten mitgegeben waren, zerbrochen habe, um sie werthlos zu machen und gegen Diebstahl zu schützen, oder — wie unser Fund anzudeuten scheint — daß man sich begnügt habe, dem Verstorbenen partem pro toto mitzugeben.

Noch auf einen Umstand muß ich hinweisen, der die Begräbnißstätte von Neu-Laskowo vor anderen bis jetzt in unserer Provinz entdeckten auszeichnet. Herr Gustav Jacobi hat einige Male Gräber geöffnet, in denen die mit der Asche und den verbrannten Knochen gefüllte Urne in einer größeren Urne stand. Es ist schwer, den Sinn dieser Bestattungsweise zu deuten; doch erinnert sie an die in Westpreußen von Professor v. Ossowski entdeckten Gräber, die er „Glockengräber" nennt, weil die Begräbnißurnen unter umgestülpten großen, rohen und sehr dickrandigen Urnen standen, welche wahrscheinlich zum Schutze der theuren Ueberreste des Verstorbenen dienen sollten.

Die Gegend von Neu-Laskowo scheint übrigens reich an vorhistorischen Begräbnißplätzen zu sein und es freut mich hier konstatiren zu können, daß der Gymnasiallehrer Herr Dr. Kaatz in Schneidemühl ihnen seine Beachtung zugewandt, ja schon, wie mir gesagt wurde, eine Sammlung alterthümlicher Gegenstände angelegt hat.

Es wäre übrigens an der Zeit, daß sich die Regierung im Interesse der Wissenschaft, nach dem Beispiel der österreichischen Regierung, der vorhistorischen Denkmäler annehme, von denen viele verloren gehen und vernichtet werden, weil sie nicht unter dem öffentlichen Schutze stehen. In Galizien sind, wie ich aus guter Quelle weiß, mehrere Alterthumsforscher zu Konservatoren der Alterthümer des Landes ernannt, die jederzeit Nachgrabungen anstellen oder veranlassen können und bei dieser Arbeit von Staatswegen unterstützt werden. Eine Folge hiervon ist natürlich, daß die Museen mit Material gefüllt werden, das den Forschern ermöglicht, die Vorgeschichte des Landes immer mehr aufzuhellen.

Zum Schlusse noch eine Frage: Schneidemühl scheint auf dem besten Wege zu sein, ein archäologisches Museum zu gründen (dies erhellt zum mindesten aus den mir gewordenen Mittheilungen), und Posen?

---

[1]) S. Oggetti della prima eta del ferro scoperti in Oppeano nel Veronese. (Estratto dal Bulletino di Paleontologia italiana, Anno 4°. Juglio e Agosto 1878).

[2]) Escursione paleontologica nel Italia superiore. Estratto dal Vol. II° Serie 3° Classe di Scienze morale etc.

Kirche müsse sich in den Rahmen der nationalen Gesetzgebung fügen, davon kann und wird Preußen nicht abgehen; darüber hat man in Rom auch keine Illusionen entstehen lassen. Bei den wiener Besprechungen stellte sich heraus, daß für den Staat und die Kirche ein gemeinsamer Rechtsboden nicht zu finden ist. Das Aeußerste sei der Modus vivendi, daß die Kirche sich so weit wie möglich ihrer Heilswirkung hingebe und der Staat gleichfalls möglichst seine Autorität schütze. Dahin sei leider ziemlich vergeblich in Wien gearbeitet worden. Beispielsweise wollte man diesseits den Rekurs bezüglich des Disziplinarverfahrens gegen Geistliche mildern; man wollte die Eingriffe in die persönliche Freiheit fallen lassen und weitere Konzessionen machen. Was war die Antwort? „Non possumus“! Auch die Diskussion über die weiteren Gesetze namentlich über das Ordensgesetz blieb resultatlos. Hinsichtlich der Krankenpflege wollten wir entgegenkommen. Man verlangte aber kirchlicherseits unbedingte Zulassung der Orden. Diese Erfahrungen mußten die Regierung hinsichtlich der Revision der Maigesetze vorsichtig machen. Wollte der Staat diese vornehmen, so hätte er sehr wichtige Waffen aus der Hand gegeben und nichts dafür eingetauscht. Das wäre eine Schwäche gewesen, deren sich eine preußische Regierung nie schuldig machen wird. So blieb, anlehnend an einen Vorgang in Oesterreich, nur das Verlangen einer diskretionären Handhabung der Maigesetze auf dem Verwaltungswege übrig. Da kam das päpstliche Breve vom 24. Februar, welches wir und mit uns die Nation dankbar anerkannt hatten. Aber durften wir darauf rechnen, daß die Kurie dem Breve nun auch die That folgen lassen würde? Wir antworteten mit dem Ministerialbeschluß vom 17. März, welcher von der Nation, abgesehen von der Zentrumsfraktion, zustimmend begrüßt wurde. Die Presse aller Parteien war der Ansicht, daß wir nun die Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen unsererseits ausgesprochen hatten und Weiteres durch legislative Vollmachten zu erstreben war. Nun trat eine Wendung ein. Es zeigte sich, daß Rom das päpstliche Breve ganz anders auffaßte, als wir. (Die Rede dauert fort.) [Wiederholt.]

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

↗ **Berlin,** 28. Mai, Abends 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus. Fortsetzung. Kultusminister von Puttkamer spricht weiter: Wir erhielten eine Depesche mit der Zusage, daß die Ordinarii ermächtigt sein sollten, bei Anstellungen inamovibler Kuraten die Ansicht der Regierung über die Anstellbarkeit einzuholen. Die Bestimmung der letzteren müßte aber immer den Bischöfen, beziehungsweise dem Papste vorbehalten bleiben. Was konnten wir thun? Die Kurie befindet sich in günstigerer Lage als wir; für sie ist der Konflikt eine Phase in ihrem Kampf um die Weltherrschaft, sie kann abwarten und über den Nothstand der Kirche hinweggehen. Auch wir könnten abwarten; wir sind in der Defension, aber die Regierung hat nicht nur eine konstitutionelle, sondern auch eine moralische und patriotische Verantwortlichkeit und die Pflicht, dem kirchlichen Nothstand ein Ende zu machen. Ich verweise auf die vakanten Bischofsitze, auf die 1000 vakanten Pfarreien und die Verödung der katholischen Lehrstellen. Das kann Jahrzehnte lang fortgehen. Die Regierung weiß sich von jeder Verantwortung frei, weiß, daß die Verantwortung auf der anderen Seite ruht. Es handelt sich um rein äußere Fragen, welche das innere Leben der Kirche gar nicht berühren; wenn dies aber so ist, so war die Regierung genöthigt, ihre Verantwortung zu wahren und den Weg zu betreten, den sie mit der Vorlage betreten hat. Wer ihre Verantwortung anerkennt, muß ihr auf diesem Wege folgen. Wir wollen die Möglichkeit der Wiederherstellung einer geordneten Diözesan-Verwaltung, die Abhilfe der kirchlichen Nothstände und die Mögiichkeit, den Konflikt in schonendster Weise zu mildern und beizulegen. Daß die Kurie uns nicht zustimmen würde, konnten wir uns vorhersagen. Wie konnte man glauben, daß uns dies in unseren Schritten irre machen würde! Wir verlangen von der Kurie eine weise und verständige Erwägung unserer Vorschläge, aber wir werden uns nicht irre machen lassen durch irgend eine Meinungsäußerung jenseits der Alpen. Die Vorlage will vor Allem die Herstellung geordneter Diözesanverhältnisse, darum verlangen wir die Beseitigung der Sedisvakanzen; dies ist der Zweck des Artikels vier. Wir konnten die Möglichkeit, daß der eine oder andere der Bischöfe zurückkehre, nicht ausschließen, deshalb legt die Regierung auf Artikel 4 in der vorgeschlagenen oder einer amendirten Form den höchsten Werth und würde darauf nicht verzichten können. Dem täglich zunehmenden Priestermangel abzuhelfen, ist der Zweck des Artikels eins. Nun sollen die Härten und Kollisionen durch die Maigesetze vermieden werden, da blieb denn doch nur die Betrachtung vom politischen Standpunkt, und dies ist die wesentliche Tendenz der Artikel 2, 7 und 9. Ich gebe zu, der letzte Artikel stellt dem Gesetzgeber die schwere Aufgabe, die Justiz der Verwaltung unterzuordnen, aber es mußte dies geschehen, um die Grenze zwischen Staat und Kirche zu ziehen. Es muß eben die Möglichkeit gegeben werden, die einzelnen Fälle vom politischen Standpunkte aus zu beurtheilen. Deshalb legt die Regierung auch auf Artikel 9 den entschiedensten Werth, selbstverständlich mit dem Vorbehalt, daß überall die staatliche Autorität gewahrt bleibt. Die Frage, welchen Gebrauch die Regierung von den Vollmachten machen wolle und wie sie sich deren praktischen Erfolg denke, beantworte ich damit, daß die Regierung zunächst glaubt, eine feste Basis zur weiteren Verständigung über konkrete Fälle gewonnen zu haben. Werden diese Vollmachten versagt, so muß die Regierung sie später bei anderen Parlamenten suchen, sie verliert darüber Zeit und jedenfalls eine werthvolle Konjunktur. Aber man wird fragen: glaubt ihr wirklich noch nach den bisherigen Erfahrungen an Erfolge des Vorgehens? Wir glauben daran; die Kurie ändert ihre Entschlüsse nach der Situation; warum sollte sie nicht zu unseren Gunsten beschließen? Die letzten Beschlüsse der Kurie sind gefaßt am 14. Mai und waren am 18. in unseren Händen, also vor Kenntniß der jetzigen Vorlage; sollte diese durchaus auf unfruchtbaren Boden fallen? Die Regierung hofft dies nicht. Bezüglich der praktischen Entwickelung der Dinge, verlangen wir ja nicht die Vollmacht der Dispensation von der Anzeigepflicht. Die zurückkehrenden Bischöfe werden wahrlich nicht als Triumphatoren zurückkehren; wir würden, wenn dies geschähe, die Möglichkeit in der Hand behalten, die staatliche Autorität zu wahren. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß die Vorlage geeignet ist, den Konflikt zu lösen, den Frieden zu ermöglichen und die Autorität des Staates zu wahren. Wir halten diese Vorlage für entsprechend dem Friedensbedürfniß unserer katholischen Mitbürger, der Friedensliebe aller politischen Parteien und der weisen Erwägung derjenigen Stelle, von welcher in letzter Instanz das Verhalten der kirchlichen Organe abhängig ist. Wir unsererseits möchten nicht vor der Geschichte und unserem Gewissen die Verantwortung übernehmen, irgend Etwas unterlassen zu haben, was unter Wahrung des Ansehens des Staates dazu dienen kann, den inneren Frieden wieder herzustellen.

Falk spricht gegen die Vorlage, welche bei der Kurie nur den Eindruck der Schwäche hervorrufen würde. Hammerstein Namens der äußersten Rechten für die Vorlage, jedoch mit Aufnahme einer Zeitbestimmung und unter Annahme einzelner Amendements. Windthorst (Zentrum) gegen die Vorlage. Die Kirche lasse sich nicht unter den Staat beugen, die Vorlage sei für das Zentrum unannehmbar. Die publizirten Aktenstücke beweisen Nichts, sie seien unvollständig, er beantrage vollständige Vorlegung des Aktenmaterials, das Zentrum werde sich in der Generaldebatte über seine definitive Stellung zur Frage nicht erklären, wenn das Zentrum in die Berathung eintrete und sich an den Beschlüssen betheilige, so wolle es damit den Rechten der Kirche nichts vergeben. Ohne den Papst sei kein Frieden zu schließen, ein voller Frieden zwischen Staat und Kirche sei ohne vollständige Herstellung des Status quo ante undenkbar, das Zentrum würde ausharren.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Windthorst, die Vorlage, wie sie eingebracht wurde, sei für das Centrum unannehmbar, unter gewissen Modifikationen werde dasselbe vielleicht zustimmen können. Fortsetzung der Debatte morgen.

Vermischtes.

* **Die Bibliothek von Konstantinopel.** Die erfolgreichen Ausgrabungen in Pergamon und Olympia und das Aufsehen über die Aufstellung der Funde im k. Museum in Berlin sind in Paris sehr bemerkt worden. Die „Liberté“ das XIX. Siècle und andere Journale fordern bereits die Regierung auf, ähnliche archäologische Nachforschungen anzustellen, um nicht hinter dem deutschen Reiche, der preußischen Regierung und Berlin zurückzubleiben. Wie verlautet, wurde aber in der Akademie ein anderer Vorschlag gemacht, der die Erschließung der Bibliothek des Sultans zum Ziele hat. Man weiß, daß dieselbe unter Anderm die Bücherschätze der griechischen Kaiser und ohne Zweifel kostbare Manuskripte enthält, deren Verlust die Wissenschaft schmerzlich beklagt. Als der General Sebastiani, 1806, am goldenen Horn Gesandter Frankreichs war, bewarb er sich vergeblich um die Gunst, die Bibliothek besuchen zu dürfen. Da sie die heiligen Bücher des Korans enthält, so wäre sie nach türkischer Tradition durch den Besuch eines Ungläubigen profanirt worden, und der Sultan, um weder die religiösen Vorurtheile seines Volkes noch die Empfindlichkeit Napoleons des I. zu verletzen, machte diesem einige kostbare Bände zum Geschenk, die jetzt in der Bibliothèque nationale sind. Prof. Egger von der Sarbonne will nun die Regierung auffordern, die damals unterbrochenen diplomatischen Verhandlungen wieder aufzunehmen, um von der Pforte die Katalogisirung der Bibliothek zu erwirken. Die Pariser Gelehrten sind überzeugt, daß hierbei ungeahnte Schätze klassischer und byzantinischer Literatur zu Tage gefördert würden, welche für die Türkei ein todtes Kapital sind, aber in der gebildeten Welt eine neue Renaissance der Künste und Wissenschaften hervorrufen dürften. — Mögen die Bemühungen Frankreichs von Erfolg gekrönt werden!

Locales und Provinzielles.

Posen, 28. Mai.

r. [Zu Mitgliedern der Kreissynode] sind in der St. Pauli-Gemeinde gewählt worden: Maurermeister Falbe, Oberpräsidialrath Freytag, Bürgermeister Herse, Schlossermeister Nachtigal, Wagenbauer Pilling, Provinzial-Schulrath Polte.

△ [Auf der am 5. und 6. Juni in Bromberg stattfindenden Generalversammlung] des Neumärkisch-Posener Bezirksverbandes des Vereins für Verbreitung von Volksbildung stehen bekanntlich u. A. die Verhandlungen über die „Schul- und Jugendsparkassen“ auf der Tagesordnung. Die beiden Referenten, Herr Bürgermeister Herse und Herr Rektor J. Lehmann aus Posen, haben sich nunmehr zu folgenden positiven Thesen bezüglich dieses für unsere Provinz zur Zeit so wichtigen Gegenstandes geeinigt:

1.

Schul- und Jugendsparkassen sind geeignet, die Erziehung des Volkes zur Sparsamkeit zu fördern; deshalb ist eine möglichst allgemeine Errichtung derselben anzustreben.

2.

Die Erziehung der Kinder zur Sparsamkeit widerspricht keineswegs den Prinzipien der Pädagogik und ist mit der Schulerziehung wohl vereinbar.

3.

Die Einrichtung von eigentlichen Schulsparkassen ist unter Vermeidung eines jeden behördlichen Zwanges der freien Initiative der Lehrer und, wo diese unterbleibt, der Anregung durch Komites und Vereine für Schulsparkassen zu überlassen.

4.

Dagegen ist mit Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß mit jeder Fortbildungs- und Sonntagsschule auch eine Schulsparkasse oder eine Sammelstelle für eine Sparkasse verbunden werde.

5.

Lassen sich Schulsparkassen nicht erreichen, so ist die Errichtung von Jugendsparkassen durch die Gemeindebehörden, durch Vereine oder auf andere Weise zu betreiben.

— **Kardinal Ledochowski** hat, wie der „Kur. Pozn.“ heute mittheilt, während der Pfingstfeiertage dem Papste einen Peterspfennig von 20,000 Franken überreicht, welche Summe in den beiden Erzdiözesen Gnesen und Posen gesammelt worden ist. Der heil. Vater soll, wie der „Kur.“ versichert, hierüber sehr gerührt gewesen sein und die Glaubenstreue, die Frömmigkeit, sowie die Anhänglichkeit beider Diözesen an den apostolischen Stuhl gerühmt haben, zumal diese Gaben, wie er sich äußerte, wohl zum größten Theile von ganz armen Leuten herstammen. Es ist zu verwundern, daß der Papst, wenn er dies wußte, die Gabe überhaupt angenommen hat. Zuletzt ertheilte Papst Leo allen Denen, welche zu dem Peterspfennig beigesteuert hätten, seinen apostolischen Segen.

§ **Berichtung.** In Nr. 331 der „Posener Zeitung“ war ein Bericht über eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts enthalten, in welchem es wörtlich hieß: „Wie aus der heutigen Verhandlung hervorging, ist der Angeklagte nach seiner Aussage von hiesigen polnischen Schauspielern, die gegenwärtig nicht mehr in Posen sind, zu den fortgesetzten Diebstählen bewogen worden, und zwar vornehmlich dadurch, daß diese ihm vorredeten, sie würden ihm aus Dankbarkeit die Gunst einer polnischen Schauspielerin zuwenden, in welcher der junge Mensch sehr verliebt war.“ Mit Bezug hierauf ist uns von Herrn Doroszynski, Direktor des polnischen Theaters in Posen und Warschau, gegenwärtig in Warschau, ein Schreiben zugegangen, dem wir Folgendes entnehmen:

„Sowohl ich als alle Mitglieder unserer Theatergesellschaft haben erst kürzlich aus einem Schreiben des geschädigten Kaufmanns erfahren, daß der betr. junge Mann in näherer Bekanntschaft stand mit dem Theaterdiener unserer Truppe und auch in dessen Hause oft zu Gaste war. In wiefern der junge Mann von dem Theaterdiener beeinflußt war, kann ich leider nicht konstatiren; wenn derselbe verliebt war, so kann nur die Frau oder Schwägerin des bereits erwähnten Theaterdieners, welche beide als Choristinnen bei Gelegenheit verwendet wurden, Gegenstand seiner Anbetung gewesen sein. Kein polnischer Schauspieler, ebenso keine polnische Schauspielerin wußte etwas von der Existenz des verirrten Burschen. Angesichts der die ganze Gesellschaft verletzenden Behauptung, wonach polnische Schauspieler den jungen Mann auf Irrwege geführt hätten, muß ich einen entschiedenen Protest einlegen in meinem Namen und dem meiner Kollegen. Die Unbestimmtheit der Behauptung, wodurch die ganze Gesellschaft verdächtigt wird, ist verletzend, denn wenn sich auch ein Mitglied etwas Derartiges zu Schulden kommen ließe, so kann doch nicht die Gesammtheit hierfür verantwortlich gemacht werden.“

Wir haben gern den Wunsch des Herrn Doroszynski, diese Erklärung zum Abdrucke zu bringen, erfüllt, und bemerken hierbei nur noch, daß in dem Berichte ausdrücklich gesagt war, der Angeklagte sei nach seiner Aussage von hiesigen polnischen Schauspielern zu jenen Verirrungen bewogen worden. Wir nehmen daher gern Gelegenheit, die Aussage des Burschen durch die obige Erklärung des Herrn Doroszynski auf ihren wahren Werth zu reduziren. Fern hat es uns jedenfalls gelegen, durch jenes Gerichtsreferat auf den ehrenhaften Stand der polnischen Schauspieler irgend einen Makel zu werfen.

α **Die Reklamationen gegen die Staats-Klassensteuer** sind unter Bezeichnung der Klassensteuer-Rollen-Steuer pro 1880/81 bis spätestens den 1. Juni (nächsten Dienstag) bei dem Magistrate anzubringen; die in denselben enthaltenen thatsächlichen Anführungen müssen möglichst durch Bescheinigungen bekräftigt werden. Die auf diese Reklamationen ergehenden Entscheidungen finden, ohne daß es eines besonderen Antrages dazu bedarf, auch auf die Kommunal-Einkommensteuer Anwendung. Wir machen hierauf Diejenigen, welche glauben, daß sie zu hoch eingeschätzt sind, und bisher noch nicht dagegen reklamirt haben, aufmerksam.

r. **Für den Bau des Oberlandesgerichts-Gebäudes** ist nach dem Sapiehaplatze hin bereits der größte Theil des hoch ragenden abgebundenen Gerüstes errichtet; dasselbe hat eine Höhe von vier Stockwerken.

r. **Die Schützenstraße** ist gegenwärtig vor der Cegielski'schen Fabrik wegen des Baues des dortigen Durchlasses auch für Fußgänger gesperrt. Dieselben müssen, um von der Stadt nach der Cegielski'schen Fabrik, dem Eichwaldthore 2c. zu gelangen, rechter Hand durch die Kopernikusstraße und über den Karmelitergraben gehen.

♉ **Wronke,** 25. Mai. [Pfingstschießen. Saatenstand.] Das Pfingstschießen unserer Schützengilde begann am zweiten Feiertage Nachmittags und endigte Sonntag den 23. d. unter Proklamirung des besten Schützen zum Schützenkönige. Es war dies der Stromaufseher Sandau, welcher auch den besten Schuß für den Kronprinzen abgab; als Nebenkönig wurde der Oberförster Gesthauer aus Bnino proklamirt. Die feierliche Einholung der Würdenträger fand Abends unter Führung der Husaren-Musikkapelle statt. — Die Saaten unserer Gegend haben durch die anhaltende Kälte bedeutend gelitten, hauptsächlich aber jenseits der Warthe, wo meist leichter Boden ist, geben die Landwirthe die Hoffnung auf eine ergiebige Ernte vollständig auf.

S. **Aus dem Kreise Kröben,** 26. Mai. [Klostergüter.] Im Spital des Klosters zu Gostyn befinden sich augenblicklich 35 Personen, ehemalige Arbeiter auf den Kloster-Vorwerken, welche außer freier Wohnung jährlich 120 M. zur Unterhaltung bekommen. Ebenso wird in jeder Weise für die Nothleidenden der Dominien gesorgt. Die Bewirthschaftung der Güter ist eine musterhafte. Während Bodzewo und Blażejewo verpachtet sind, wird Drzenszewo mit den Vorwerken durch Baron v. d. Goltz verwaltet, dem es in wenig Jahren gelungen ist, eine Musterwirthschaft herzustellen. Hunderte von Arbeitern finden lohnende Beschäftigung.

△ **Pinne,** 26. Mai. [Fleischschau.] Für unsere Stadt und Umgegend ist der Barbier und Chirurge S. als Fleischbeschauer seit dem 1. März c. angestellt, da der bisherige Fleischbeschauer R. seiner Zeit die Fleischschau niederlegte. Wir haben also für unsere Stadt, welche ca. 3000 Seelen zählt, nur einen Fleischbeschauer, was in den betreffenden Fleischerkreisen als ein Mißstand empfunden wird, da es vorkommt, daß die Fleischer stundenlang auf die Fleischschau warten müssen, aus dem einfachen Grunde, weil nur ein Fleischbeschauer im Orte ist. Im Interesse der Fleischer, der Restaurateure und des Publikums ist es daher wünschenswerth, daß für unsern Ort und die Umgegend noch ein zweiter Fleischbeschauer definitiv angestellt werde.

□ **Gnesen,** 26. Mai. [Schwarzvieh-Ausfuhr. Königsschießen.] Die Ausfuhr von Schwarzvieh wird gegenwärtig wieder sehr stark betrieben. Zu Tausenden werden besonders kleine Schweine zusammengebracht und mit der Bahn nach ihrem Bestimmungsorte befördert. Einer so starke Nachfrage, wie sie sich momentan im Schweinehandel bemerkbar macht, will man hier seit langer Zeit nicht mehr begegnet sein. Landleute berichten, daß sich bei ihnen fast täglich Schwarzviehhändler einfinden, um ihnen auch die oft erst wenige Wochen alten Ferkel abzukaufen und daß in diesem Jahre auch bessere Preise gezahlt werden, als man es in früheren Zeiten gewohnt gewesen sei. Das Sprichwort sagt, man solle ungelegte Eier nicht zählen und die Bärenhaut nicht früher verkaufen, bevor man den Bären selbst habe, hier aber erzählt mir ein Besitzer eines benachbarten Dorfes, daß sowohl er wie einige seiner Nachbaren schon ungeborene Schweine verhandelt und die Lieferung resp. Abnahme auf gewisse Tage festgesetzt hätten. Schlachtschweine dagegen scheinen weniger stark gesucht zu werden. — Wie alljährlich begann auch in diesem Jahre das Königsschießen der Schützengilde am zweiten Pfingstfeiertage im Schützenhause, wo zur allgemeinen Belustigung mancherlei Arran

gements getroffen waren. Im Garten des Schützenhaus-Etablissements konzertirte während des Nachmittags die Regimentskapelle der schwarzen Husaren aus Posen und erntete, wie hier schon bei mehreren andern Gelegenheiten, allseitigsten Beifall. Am ersten Festtage Nachmittags wurde im Volksgarten das erste diesjährige Gartenkonzert von der hiesigen Regimentskapelle gegeben.

⊙ **Kempen**, 26. Mai. [Gerichtstag.] Bei der mit dem 1. Oktober v. J. erfolgten Theilung des schildberger Kreises in die Amtsgerichtsbezirke Schildberg und Kempen ist ein großer Theil der Ortschaften des Polizeidistrikts-Bezirks Kobylagora trotz der geringen Entfernung von Schildberg dem Gerichtsbezirk Kempen einverleibt worden. Einige dieser Ortschaften liegen sogar jenseits Schildberg, so daß deren Bewohner die letztere Stadt passiren müssen, um nach Kempen zu gelangen. Früher gehörte der gedachte Bezirk zum größten Theil vor den Gerichtstag in Schildberg, wo eine Menge Rechtsangelegenheiten abgewickelt wurden; jetzt haben die betreffenden Interessen in vielen Fällen über 20 Kilm. bis zum Sitze des Gerichts zurückzulegen, was entschieden einen größeren Aufwand an Zeit und Unkosten erfordert, als ehedem. Mehr als das rechtsuchende Publikum leiden durch diesen Uebelstand diejenigen Personen, welche gesetzlich verpflichtet sind, vor Gericht zu erscheinen, ohne Anspruch auf die geringste Entschädigung, wie z. B. die Vormünder mittelloser Pfleglinge. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, haben nun viele Bewohner des gedachten Bezirks an maßgebender Stelle um Abhaltung eines Gerichtstages in Kobylagora gebeten. Hoffentlich wird sich die Justizverwaltung der Ueberzeugung nicht verschließen, daß der erhobene Anspruch vollkommen gerechtfertigt ist, zumal ja für die Bezirke Mixstadt und Grabow trotz der erheblich geringeren Entfernung vom Sitze des Amtsgerichts in den genannten Städten Gerichtstage abgehalten werden, während sich die Lage der Bewohner des Bezirks Kobylagora durch Einrichtung eines Amtsgerichts in Schildberg verschlechtert hat.

Viktoria-Theater.

Posen, den 28. Mai.

Zu ihrem 5. Gastspiele hatte sich Frl. v. Csepcsanyi Offenbach's Operette „Pariser Leben" ausersehen. Diese auch äußerlich nach der Schablone gegliederte musikalische Posse mit ihren fünf sehr ungleichwerthigen Bildern hatte seit drei Jahren wenn auch nicht den Schlaf des Gerechten, so doch den gerechten Schlaf geschlafen.

Wenn man die zeitgenössische Operette von Lecocq, Suppé, Lacome, Strauß und Andern bedenkt, tritt einem die frühere Wärme und Begeisterung für gerade dieses Werk schwer in Sinn und Gehör. Etwas mager in der musikalischen Erfindung, zu sehr nur stellenweise eingefügtes musikalisches Stückwerk mit etwas banaler und stiefmütterlicher Behandlung des Orchesters, streift die andererseits nicht allzuhäufig wirklich witzige Handlung und der etwas sterile aber um so frivolere Ton des Dialogs oft hart an jene Gebiete mit der Devise „nur für Herren". Am hübschesten und wirksamsten giebt sich das dritte Bild „Kleine aber gewählte Gesellschaft," wo auch der tolle Humor seine Rechnung findet.

Musikalisch am besten und reichlichsten ist die Rolle der Gabriele bedacht, die hübsche pariser Handschuhmacherin, die in ihren wechselvollen Episoden und Positionen Frl. Csepcsanyi abermals Gelegenheit bot, ihre besten Anlagen ins Treffen zu schicken, namentlich auch, im öfteren Wechsel des äußeren Schauplatzes ihrer Persönlichkeit, die Blicke an sich zu ketten. Wer die Rolle der Gabriele kennt und gleichzeitig die reichen Vorzüge ihrer Darstellerin, wird sich ein Bild machen können von der Auffassung und Wiedergabe dieses ins Wienerische übersetzten flotten pariser Kindes.

Von den übrigen Mitwirkenden sei in erster Linie der thatenreichen Thätigkeit des Herrn Biese gedacht, der so ziemlich in jedem Bilde wieder als ein Anderer erschien und als Brasilianer, Schuster, Diener und verkappter Diplomat stets die Einheit des Humors zu wahren wußte und einen großen Antheil am Erfolge sich zuschreiben darf; auch Herr Hoffmann als Baron von Gondremark verdient hervorgehoben zu werden, er zeichnete den alten abenteuernden Schweden ganz treffend; die Herren Zimmermann und Hildebrand vertraten als Robinet und Gardefeu das eigentlich verführende pariser Element. Gardefeu hätte stellenweise etwas deutlicher sprechen können, wie denn die ganze erste Auftrittsszene an Undeutlichkeit litt. Frl. Fontaine als Stubenmädchen, so wie die Damen Görnemann und Szczepanska als Baronin und Metella vervollständigten das Ensemble.

Das Orchester hielt sich trotz der jedenfalls nur geringen Anzahl von Proben gut. Die stellenweise gekürzte und mit Chören nur mäßig bedachte Vorstellung lavirte gesanglich um Freud und Leid herum; der Beifall und das Interesse konzentrirten sich selbstverständlich um die Leistungen des Gastes und war das Publikum mit seinem Beifall nicht karg. th.

Landwirthschaftliches.

G. **Aus dem Kreise Gnesen.** [Saatenstand.] Die zwei starken Nachtfröste in vergangener Woche haben auf leichteren Böden große Verheerungen angerichtet. Der frühgesäte Roggen in Thalkesseln leichten Bodens ist fast ganz zerstört und auch die anderen höheren Stellen dieser Bodenqualität weisen hohe Bruchtheile, bis zu ¼ an Verlust der zu erhoffenden Ernte auf. Auf lehmigen Böden ist der Roggen zwar nicht ohne Schaden davongekommen, verspricht aber doch eine gute Ernte; ebenso steht der Roggen auf schweren Böden sehr gut, und ist hier Frostschaden fast gar nicht zu merken. Auch auf Weizen hat der Frost anscheinend keinen Einfluß gehabt; derselbe verspricht eine gute Ernte zu liefern. Dem schon durch die strenge Winterkälte und durch Schneewehen geschwächten Raps hat jedoch der Frost einen empfindlichen Schaden zugefügt; so daß von diesem immerhin nur eine schwache Mittelernte günstigen Falles in Aussicht steht. — Die Sommerfrüchte, mit Ausnahme von Erbsen, welche ja eine merkwürdige Regenerationskraft besitzen, haben nur sehr wenig gelitten, Hafer fast gar nicht, Gerste etwas mehr. Von Wurzelgewächsen wurden nur die zeitigsten Frühkartoffeln, deren Laub zum Theil abfror, vom Frost getroffen. — Hoffen wir, daß die jetzt eingetretene sehr günstige Witterung vieles bessert.

.—r. **Wollstein,** 27. Mai. [Prämiirung.] Bei der gestern hier unter Leitung von Kommissarien des landwirthschaftlichen Hauptvereins im Regierungsbezirk Posen stattgefundenen Prämiirung von Pferden und Rindvieh wurden an Pferden: 98 Stuten, 49 Fohlen und 5 Hengste gestellt. Es wurden prämiirt 8 Stuten, und zwar 1 mit 35 M., 2 mit 30 M. und 5 mit 25 M. — Die erste Prämie erhielt der Wirth Mazur aus Jasiniec. — An Rindvieh wurden gestellt 7 Bullen, 13 Ochsen, 13 Kühe und 17 Fersen. Prämiirt wurden: 2 Kühe, 2 Bullen, 5 Fersen und 4 Ochsen, und zwar: 1 Bullen mit 40 M., 1 Kuh mit 35 M. und alle übrigen mit 30 M. Die erste Prämie erhielt der Wirth Eduard Haupt aus Karpitzko für einen zweijährigen Bullen. — Bei der nach Beendigung der Prämiirung stattgefundenen Sitzung des karger landwirthschaftlichen Vereins hielt dessen Vorsitzender Landrath Freiherr v. Unruhe-Bomst einen Vortrag über die internationale Fischereiausstellung in Berlin.

Aus dem Gerichtssaal.

A. Die Bestimmung des § 158 des Preuß. Allg. Landrechts Th. I, Tit. 16 verordnet, daß eine Zahlung auf diejenige von mehreren Schuldposten in Anrechnung gebracht werden soll, welche am längsten verfallen ist. Diese Bestimmung findet nach einem im Gegensatz zu dem früheren Appellationsgericht zu Posen ergangenen Erkenntnisse des Reichsgerichts, V. Zivilsenats, vom 10. März 1880, keine Anwendung auf den Fall, in welchem die ältere Post zur Zeit der Zahlung bereits verjährt war. „Der Appellationsrichter, welcher diese Vorschrift anwendet auf den Fall, in welchem die ältere Post zur Zeit der Zahlung bereits verjährt war, verletzt, wie die Nichtigkeitsbeschwerde zutreffend rügt, den angeführten und den § 502 Titel 9 daselbst, weil er verkennt, daß eine verjährte Forderung als erloschen gilt, und daß eine Zahlung nur auf eine existente Forderung verrechnet werden kann."

Vermischtes.

* **Der Unglücksfall auf dem Bodensee.** Ueber die Bootfahrt auf dem Bodensee am 18. Mai, welche ein so erschütterndes Ende genommen und namentlich in Berlin viel Theilnehme gefunden, sind der „Kr.-Z." durch Briefe genauere Mittheilungen zugegangen. Sieben in Heidelberg studirende Jünglinge, Namens Bullrich, Deegen, Grieben, Hintzelmann, Hans Kroenig, Schäffer, Schütt und der ihnen befreundete Richard Kroenig in Mainz hatten eine Partie durch den Schwarzwald während der Pfingstferien unternommen und beabsichtigten, diese mit einer Fahrt über den Bodensee zu beschließen. Der Dampfwagen traf aber zu spät in Konstanz ein, das Dampfboot hatte eben die Küste verlassen. Da ward die Frage, ob mit einem Boote die Fahrt unternehmen, von den acht lebensfrischen und frohen jungen Leuten erwogen. Drei stimmten dagegen, unter ihnen Richard Kroenig, fügten sich jedoch der Mehrzahl und die Fahrt ging von dannen. Der Vermiether des Bootes hatte dieses als sicher bezeichnet und leider die unkundigen Jünglinge gar nicht gewarnt. Auf hoher See entstand plötzlich ein heftiger Sturm, die Wellen trieben in einer Höhe von vier Fuß mit Ungestüm heran und in einer Sekunde sank das Boot unter. Da riefen alle wie mit einer Stimme: „Nur Bullrich retten, er allein kann nicht schwimmen!" Und dieser klammerte sich in Todesangst um den Hals seines Freundes Grieben, von dem er wußte, daß er ein gewandter Schwimmer sei und gute Kräfte entgegenzusetzen habe. Grieben hatte sofort alle Kleider abgeworfen und versuchte nun den schrecklichen Kampf mit den Wellen aufzunehmen und sich und Bullrich zu retten. Die Aufgabe war indeß eine unmögliche, die Last zu schwer. Beide Jünglinge sanken tiefer und tiefer in den See und das Bewußtsein war vollständig entschwunden. Inzwischen hatte Deegen so viel Geistesgegenwart gehabt und das mit Wasser gefüllte und untergehende Boot vollständig umgewendet und dies bot nun für Hintzelmann und Schütt einen geringen Halt. Da kam Bullrich aus dem Wasser empor, ganz blau im Gesicht und regungslos. Alle hielten ihn für todt. Schütt griff nach ihm und es gelang, ihn an das Boot hinüberzuziehen und auf diese Weise ihn vom gewissen Untergange zu retten. Aber auch Grieben kam aus der Tiefe empor, die Besinnung kehrte wieder und mit letzter Kraft griff er nach dem Kiel des Bootes. Da hörte er die Brüder Kroenig sich zurufen: „Wir bleiben bei einander!" und Richard laut beten. Beide vortreffliche Schwimmer wollten versuchen, sich an's Ufer zu retten. Zur Hilfe hatte ein jeder ein Ruder ergriffen. Aber die Wellen mußten zu mächtig gewesen sein. Noch vernahmen die Freunde ein Hilferufen, dann ward es ganz stille. Schäffer hatte eine Ruderbank aus dem Boote erfaßt, und ihm gelang es, gestützt auf dieselbe, das Ufer zu erreichen. Graf Douglas, welcher am See eine Villa besitzt, hatte mit einem Fernrohr die Gefahr bemerkt und war mit eigener Noth den Wellen entgegengesteuert; dasselbe hatte Graf Zeppelin in einem Boote gethan. Da hingen die fünf Schiffbrüchigen ermattet und erstarrt an dem hin und her geworfenen Boote; die Finger waren nicht mehr fähig, sich festzuhalten, dazu im eisigen Wasser steif, und der Augenblick war gekommen, den Kiel loszulassen und zu ertrinken. Die Wellen hatten einem der Jünglinge die Brieftasche herausgespült und die Geldscheine trieben in ihrer Nähe. Wer dachte aber in dieser Todesnoth an Geld und Scheine! Der Zustand und das Bewußtsein, alles Hilferufen würde bei weitem von dem Sturme übertönt, und vom Ufer würden sie mit bloßem Auge kaum wahrgenommen, soll an das Entsetzlichste gegrenzt haben, was gedacht werden kann. Energisch griff nun Graf Douglas ein, und doch erschien es wie eine Ewigkeit, bis einer nach dem anderen herausgefischt werden konnte. Sämmtliche fünf Jünglinge waren willenlos und unfähig, irgendwie der rettenden Hand des Grafen entgegenzukommen, so daß sie wie Klötze Fuß für Fuß in das rettende Boot hineingezogen werden mußten. In der Villa des Grafen Douglas wurden alle sofort entkleidet, und durch Reiben mit wollenen Tüchern, durch Trinken von schwerem Wein und heißem Thee u. s. w. kehrte das Leben allmählich zurück. Auch der Graf Zeppelin hat nach allen Seiten zugegriffen und im höchsten Grade die Jünglinge und ihre Angehörigen zu bleibendem Danke verpflichtet. Als die Wagen der Grafen die Schiffbrüchigen, welche in ihrer Jugendfrische sich wunderbar schnell erholt, nach Konstanz ins Inselhotel fuhren, gab sich eine große Theilnahme auf dem Wege kund. Kroenigs, diese hoffnungsvollen Jünglinge, sind beieinander geblieben, freilich anders, als sie gedacht haben mögen. Und nun der Vater, der auf einer Reise von Braunschweig nach Konstanz durch Telegramm gerufen wurde! In einem Briefe von dort steht: „Eine schwerere Aufgabe, als dem Vater die ganze Sache mitzutheilen, habe ich noch nie gehabt." — Das Unglück wird, wie wir der „Frkf. Ztg." entnehmen, noch ein ernstes Nachspiel haben. Wie von den Betheiligten versichert wird, hat nämlich der Gondelier den Studenten ein Boot vermiethet, welches nicht vorschriftsmäßig erprobt und bezüglich der höchsten Tragfähigkeit amtlich taxirt war. Das Boot war schlecht gebaut, indem es hinten stets tiefer ging als vorn, und außerdem ließ der Gondelier statt der fünf Personen, für welche das Boot höchstens tragfähig war, acht Personen einsteigen. Diese zwei Umstände erregten bereits, kurz nachdem das Boot in Bewegung war, die Besorgniß der Insassen. Sie wollten, um nicht gegen den Wind steuern zu müssen, das Land in der Nähe des „Konst. Hofes" (ehemals „Badhotel") erreichen und arbeiteten aus Leibeskräften diesem Ziele zu. Indessen bemerkten die Insassen des Schiffes alsbald die Nutzlosigkeit ihrer Bemühungen. In Folge der schweren Belastung und des schlechten Baues der Gondel füllte sich dieselbe von hinten anfangs langsam, dann immer schneller mit Wasser; die Größe der Gefahr stand Allen vor Augen, — sie sahen das Schiff langsam sinken! In dieser Voraussicht entkleidete sich die Gesellschaft, um sich durch Schwimmen zu retten. So erwartete man den Untergang der Gondel. Die zwei Verunglückten waren nicht vorher über Bord gesprungen, sondern mit den Anderen ins Wasser gekommen; der jüngere Bruder hatte alsbald mit Athemnoth zu kämpfen, der ältere eilte ihm zu Hilfe, um ihn zu retten, und dabei verschwanden Beide! Ihre Leichen sind inzwischen aufgefunden worden. Am Donnerstag früh sind sie mit dem Courierzuge in einem mit Tannenzweigen ausgeschmückten badischen Güterwagen in Berlin eingetroffen. Zwei Leichenwagen standen am Bahnhofe bereit zur Aufnahme der beiden eichenen Särge, die im Erbbegräbniß der Familie beigesetzt werden sollen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von dem ebenso gediegenen als unterhaltenden Geschichtswerke „Maria Theresia und Kaiser Josef II. in ihrem Leben und Wirken. Mit besonderer Berücksichtigung der interessantesten Zeitereignisse geschildert von Moriz Bermann. Denkbuch zum 100jährigen Jubiläum des Regierungsantrittes Kaiser Josefs II. 1780—1880. Mit 200 Illustrationen, Bildnissen, Initialen u. s. w. von hervorragenden Künstlern." (A. Hartlebens Verlag in Wien. Preis à Lieferung 30 Kr. = 60 Pf.) liegen nunmehr die Hefte 1 bis 6 vor, deren Inhalt in Bild und Wort eine Fülle reiz- und stimmungsvoller Schilderungen nach allen Richtungen aus jener Epoche bringt. Den Zeitraum von der Geburt bis einschließlich der Vermählung der geist- und gemüthbegabten schönen jungen Erzherzogin Maria Theresia in sich schließend, bietet sich ein Reichthum von charakteristischen, bisher wenig oder gar nicht gekannten Begebenheiten, wie ihn im vollsten Wortsinne keines der bisher erschienenen ähnlichen Bücher zu geben vermocht hat. Den ersten Theil der Geschichte bilden: die Geburt der Kronprinzessin Maria Theresia; das Elternpaar Carl VI. und Maria Christina; die politischen Verhältnisse jener Tage; Sieg und Einnahme von Belgrad; die Reisen des Czaren Peter I. in Europa; die pragmatische Sanktion; die Heirathsbewerbungen um die Thronerbin mit den politischen Begründungen; — sehr anmuthend und interessant sind ferner die beigegebenen ausführlichen Einzelnheiten, welche die damaligen Hof- und Volkszustände behandeln, so z. B.: das Hofleben unter dem letzten Habsburgerfürsten; die Jagdvergnügungen, Musik, Theater und Tanz bei Hofe; Maria Theresia als Sängerin und die adeligen Operisten (dabei vornehmlich Victoria Tesi, die Ritterin des Ordens der Treue); das Kärnthnerthortheater mit den Hanswursten Stranitzky und Prehauser; die spanischen Einwanderer, ihre Sitten und Abenteuer; der erste türkische Gesandte in Wien und die Geschichte der Militärmusik und des Zapfenstreiches; die Goldmacherei mit der daraus hervorgegangenen Porzellanfabrikation; der Aufstand der Schuhknechte; Prinz Eugen mit seinen Damen, Palästen und Ballfesten; die Duellwuth im 18. Jahrhundert; die Eremiten und der Freundschaftsorden; die Brautwerber der Kronprinzessin u. s. w.; — endlich die Charakteristiken der merkwürdigen Abenteurer jener Epoche: der portingalische Kapitän; der letzte Gefangene des Peilerthurms (Langallerie) mit dem Märlein vom Bukelfriedl und dem alten Schneckenwirthshaus; der Renegat Bonneval; der Aktienfabrikant Law; der Hofzwerg Baron Klein und der Verschwender Graf Czobor; der galante Herzog von Richelieu und seine gespenstigen Abenteuer in Wien und vieles Andere, das mit dem gewohnten Geschick des Verfassers in großer Anzahl auf den verhältnißmäßig kleinen Raum vertheilt ist. Mit einem Worte, das Buch enthält, in volksthümlicher Weise geschrieben, eine ebenso lehrreiche als amüsante Sammlung des Wissenswürdigsten aus der Theresianischen Zeitepoche.

* Von der bereits von uns besprochenen Sammlung der „Reden des Staatsministers Dr. Falk, gehalten in den Jahren 1872—79 (Berlin, Kortkampf), ist kürzlich das dritte Heft ausgegeben. Dasselbe enthält die drei bedeutenden Reden, welche der Minister im v. J. am 15. Januar und 10. Februar im Abgeordnetenhause, und am 18. Februar im Herrenhause hielt. Die erstgenannte Rede ist s. Z. sehr viel besprochen; in ihr widerlegt Falk in ausführlicher Weise und schlagend alle die Angriffe, mit welchen er seit Jahren von dem Zentrum und dessen Verbündeten überschüttet wurde. Nicht mit Unrecht ist diese nach Inhalt und Form gleich bedeutende Rede als das politische Testament Falks bezeichnet. Von hohem Interesse im Hinblick auf die neuerlichen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Simultanschulen ist die Rede am 18. Februar im Herrenhause. Herr Falk weist darin schlagend das Grundlose der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen nach, er begünstige die Simultanschulen, und fördere dadurch die Religionslosigkeit. An der Hand der Gesetzgebung wird die Berechtigung der Simultanschulen, und durch statistische Zusammenstellungen neuesten Datums deren verhältnißmäßig sehr geringe Zahl — 442 von 33,285 Volksschulen — nachgewiesen. — Besondere Bedeutung hat in der Rede vom 10. Februar v. J. eine Aeußerung des damaligen Oberpräsidenten von Schlesien und jetzigen Kultusministers Puttkamer in einem Bericht über das sittliche Verhalten der Volksschullehrer in Oberschlesien, der vom Minister Falk zur Widerlegung diesbezüglicher Angriffe des Zentrums angeführt wurde; Herr von Puttkamer nimmt darin namentlich die jüngeren, nach dem „System Falk" gebildeten Lehrer energisch in Schutz und stellt sich vollständig auf den Boden der „allgemeinen Bestimmungen". Heut freilich könnte es scheinen, als ob das bekannte „tempora mutantur et nos mutamur in illis" sich verwirklichen sollte. — Mit diesen Reden schließt die Abtheilung „Elementar- und Volksschulwesen". Als Anlagen sind derselben die sehr ausführlichen und für das Volksschulwesen wichtigen Berichte der Unterrichtskommissionen des Abgeordnetenhauses von 1877—78 und 1876 über Petitionen beigefügt. — Von vielen Verehrern des Herrn Dr. Falk wird es freudig begrüßt werden, daß die Verlagshandlung neben der Gesammtausgabe eine Ausgabe in drei einzeln käuflichen, in sich abgeschlossenen Bänden veranstaltet: Reden über die gesammte Unterrichtsverwaltung — über Angelegenheiten der evangelischen Kirche — über Angelegenheiten der katholischen Kirche. — Wir empfehlen unsern Lesern wiederholt die Lektüre dieser Reden.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Paris,** 27. Mai. Bankausweis.

Zunahme	
Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen	30,111,000 Frks.
Laufende Rechnungen der Privaten . .	27,807,000 „
Guthaben des Staatsschatzes . . .	276,000 „
Abnahme.	
Baarvorrath	2,921,000 „
Gesammt-Vorschüsse	2,291,000 „
Notenumlauf	6,223,000 „

** **Petersburg,** 27. Mai. Ausweis der Reichsbank vom 24. Mai n. St.*)

Kreditbill. im Uml.	716,515,125 Rbl.		unverändert
Notenemiss. für Rechnung der Succurs.	387,000,000 „	Abn.	3,000,000 Rbl.
Vorschüsse der Bank an die Staatsregier.	336,266,639 „	Zun.	7,065,840 „

*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 13. Mai.

** **Belgische Kommunal-Kredit-Loose von 1868.** Verloosung vom 1. Mai 1880. Auszahlung vom 1. Oktober 1880 ab.

No. 66572 à 15,000 Frks. — No. 12550 à 1500 Frks. — No. 68992 und 113740 à 500 Frks. — No. 7256 32018 43998 51737 71400 und 71566 à 225 Frks.

al pari rückzahlbar:

No. 192 454 659 1124 2662 3611 655 656 703 5411 576 672 892 982 6016 155 950 7589 8130 413 451 10233 495 11357 12002 852 13379 14112 16367 17051 448 834 883 18686 823 19237 417 821 20283 21218 235 22609 23204 428 24263 315 609 924 25389 26283 706 965 27417 818 28780 29276 608 649 30664 823 827 31058 321 786 893 32436 540 851 33372 416 34286 664 35140 36013 45 849 40432 41032 87 125 42460 513 43427 44391 776 47656 48318 49996 52443 626 53166 296 838 54262 304 470 55925 56046 194 849 57945 58938 59089 219 63313 320 767 874 64441 832 963 65098 553 779 66650 841 67834 68530 809 69392 70300 684 791 803 885 72073 73135 446 74769 76120 330 77322 427 79510 80794 82157 313 83517 705 84210 385 481 85046 723 86141 676 87387 438 617 88259 648 780 971 89129 251 687 90092 407 777 964 91099 348 92032 47 234 445 970 93001 94055 95288 602

878 96210 97097 489 99370 904 **100**191 101486 102433 714 103473
986 104721 106305 107304 108131 341 929 109117 533 957 110660
862 111988 112429 459 511 697 113696 854 114323 327 404 989
992 115607 116366 119043 551 120780 121180 336 825 122652 836
123692 124342 125106 488 860 884 126120 241 524 546 979 127285
703 128070 456 598 129200 269 411 425 130065 210 133049 134687
135191 311 136196 557 137042 138740 139353 791 140097 139 267
410 141457 143047 373 145658 146833 148382 149039 40 45.

Briefkasten.

W. Sie fragen an, wer in Posen Reparaturen an Dick'schen Extinkteuren besorgt? Leider haben wir es nicht in Erfahrung bringen können — vielleicht theilt uns ein Leser das Gewünschte gütigst mit.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

(Eingesandt.)

Die sehr geehrte Redaktion bitten wir zu dem „Eingesandt" in Nr. 361 d. J. gütigst folgende Berichtigung, resp. Entgegnung aufnehmen zu wollen:

Der Landwehrverein hatte, nach Uebereinkommen mit einigen speziellen Freunden des am 21. Mai verstorbenen Veteranen Kanzleirath a. D. Blaesing, welche freiwillig die Besorgung der Beerdigungsfeier übernommen hatten, nur die in den §§ 48 und 50 des Statuts vorgeschriebene Trauerparade zu stellen und ist dieses in üblicher Weise geschehen. Eine Meldung an die königl. Kommandantur hat der Vereins-Vorstand nicht zu machen, sondern auf Grund der Allerhöchsten Kabinets-Ordre vom 22. Februar, § 6, wird jede Trauerparade des Landwehrvereins 24 Stunden vorher der königl. Polizeibehörde schriftlich angezeigt. Dieselbe macht im Tagesrapport der königlichen Kommandantur Anzeige. Auch dieses ist geschehen. Statutenmäßig hat der Vorstand des Landwehrvereins keine Verpflichtung bei dem Tode eines Vereins-Offiziers das Landwehr-Offizierkorps in Kenntniß zu setzen und zur Beerdigungsfeier einzuladen. Landwehrverein und Landwehr-Offizierkorps sind zwei getrennte Körperschaften, die, weil sie gleiche Tendenzen verfolgen, in bester und freundschaftlicher Weise verkehren. Mehrere der angesehensten Mitglieder des Landwehr-Offizierkorps stehen ja an der Spitze des Landwehrvereins. Von einem lockeren Zusammenhang dieser beiden Vereinen kann daher keine Rede sein.

Was die uniformirte Kompagnie des Landwehrvereins anbelangt, so müssen wir dem Herrn Kritiker bemerken, daß ja dieselbe keine aktive Linien-Kompagnie bildet, welcher nur der Befehl ertheilt werden darf: „Die Kompagnie ist heut in der oder der Stärke zur Stelle!" sondern daß es für die Kameraden dieser Kompagnie ein freiwilliger Ehrendienst ist, und daß es verschiedene Fälle giebt, in denen einzelne Kameraden beim besten Willen behindert sind zu erscheinen, wodurch eine ungleiche Rottenzahl entsteht. Der Kommandeur der uniformirten Kompagnie unseres Landwehr-Vereins bedarf als ein alter, tüchtig geschulter Soldat wahrscheinlich keiner derartigen öffentlichen Instruktion, wie sie der Herr Kritiker ertheilt, sondern weiß selbst sehr gut was er zu thun hat. Er handelt stets genau nach dem für die uniformirte Kompagnie bestehenden, den militärischen Vorschrifen angepaßten Reglement und wird sich mit dem Bewußtsein trösten: „Tadeln kann Jeder — besser machen wird ihm schwer!"

Mehrere Vorstandsmitglieder des Posener Landwehr-Vereins.

H. Schwersenz. In Betr. der Bedachung von Gebäuden bestimmen die baupolizeilichen Vorschriften für den Regierungsbezirk Posen vom Jahre 1847 Folgendes: In Städten müssen alle neuen Gebäude massiv oder doch feuersicher eingedeckt sein; an vorhandenen alten Dächern von Stroh, Rohr ꝛc. darf eine Erneuerung dieser Bedachung bei Reparaturen nur dann stattfinden, wenn die Mauern des Gebäudes ein Ziegeldach nicht zu tragen vermögen, oder wenn dessen Kosten verhältnißmäßig hoch sind. Auf dem Lande sollen alle Wohngebäude und Fabrikhäuser massiv oder feuersicher eingedeckt werden. Wirthschaftsgebäude, wie Scheunen oder Ställe, können mit Stroh, Rohr ꝛc. gedeckt werden, wenn sie mindestens 60 Fuß von allen benachbarten Gebäuden mit Feuerung entfernt sind; für Reparaturen von Wohngebäuden und Fabrikhäusern gelten dieselben Bestimmungen, wie für Reparaturen in Städten.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 28. Mai 1880. (Telegr. Agentur.)
(Verspätet eingetroffen.)

	Not.	v. 27.		Not.	v. 27.
Weizen flau			**Spiritus** matter		
Mai	219 50	223 —	loko	65 50	65 60
Septemb.-Oktbr.	202 75	204 50	Mai-Juni	65 10	65 40
Roggen flau			August-Sept.	64 30	64 80
Mai	179 —	179 —	Septemb.-Oktbr.	59 30	59 60
Mai-Juni	176 75	176 50	do. per . . .	— —	— —
Septemb.-Oktbr.	164 —	166 25	**Hafer** —		—
Rüböl matt			Mai-Juni	149 —	150 —
Mai-Juni	55 80	56 10	Kündig. für Roggen	400	350
Sept.-Oktbr.	57 90	58 20	Kündig. Spiritus	550000	90000

Zur anderweiten **Verpachtung** einer städtischen, in der **Feldmark Górczyn** Nr. 71 belegenen Parzelle, steht

7. Juni c. Vormittags 12 Uhr im Magistrats-Sitzungssaale auf dem Rathhause Termin an.

Die Bedingungen liegen im Zimmer 14 zur Einsicht aus.

Posen, den 25. Mai 1880.

Der Magistrat.

Ausbietung von Arbeitskräften.

In der hiesigen Anstalt werden vom 1. Oktober d. J. die Arbeitskräfte von ca. 50 Gefangenen, welche bisher mit Netzstrickerei beschäftigt waren, disponibel und sollen dieselben zu diesem oder auch zu jedem anderen Beschäftigungszweige, mit Ausnahme der hier bereits eingeführten Cigarren-, Möbel-, Korbwaaren- und Schuhwaarenfabrikation, auf 3 Jahre verdungen werden.

Die Bedingungen für Uebernahme der Arbeitskräfte sind hier einzusehen und werden auch abschriftlich gegen 1 Mark Copialien übersandt.

Zur Uebernahme der Arbeitskräfte ist die Hinterlegung einer Kaution in Höhe einer dreimonatlichen Arbeitslohnrate erforderlich.

Die äußerlich mit der Aufschrift: **„Submissionsofferte auf Arbeitskräfte von Gefangenen der Strafanstalt zu Mewe"** versehenen und versiegelten Offerten sind unter besonderer Einsendung von 50 Mark Bietungs-Kaution bis zum 3. Juli cr. an die unterzeichnete Direktion einzureichen.

Die Eröffnung der eingegangenen Offerten geschieht **am 5. Juli cr., Vormittags 11 Uhr.**

Mewe, den 26. Mai 1880.

Königliche Straf-Anstalts-Direktion.

Oeffentliche Ladung.

Die durch den Exekutor **Lindner** bei der vormaligen Königlichen Kreisgerichts-Deputation hier bestellte Amtskaution von 300 Mark wird hierdurch aufgeboten.

Alle Diejenigen, welche aus der Amtsführung des ꝛc. **Lindner** Ansprüche zu haben glauben, werden aufgefordert, dieselben spätestens in dem

am 14. Juli c.

Vormittags 11½ Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle im Sitzungssaale vor dem Amtsrichter **Klapper** anberaumten Termine anzumelden, widrigenfalls sie ihrer Ansprüche an die Kaution werden verlustig erklärt werden.

Fraustadt, den 15. Mai 1880.

Königl. Amts-Gericht.

Nachlaß-Auktion.

Montag den 31. d., früh von 9 Uhr ab, werde ich Allerheiligenstraße Nr. 7, 1. Stock, Spinde, Kommoden, einen eichen Ausziehtisch, Stühle, Bettstellen, 2 Gebett feine Betten, Damenkleidungsstücke, eine Pelzgarnitur, Bilder, Figuren, Küchengeräthe ꝛc. ꝛc. gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Zindler.

Oberschlesische Eisenbahn.

Am 1. Juni d. J. tritt zu den besonderen Bestimmungen und dem Heft 2 des Preußisch-Sächsischen Verbandtarifs je ein Nachtrag V. mit Ergänzungen und Berichtigungen des Haupttarifs, sowie mit direkten Frachtsätzen für den Verkehr mit den Stationen Reichenbach i./V., Groß-Zschocher, Erdmannsdorf, Limmritz, Stenn und Plauen i./V. (unterer Bahnhof) der Königlich Sächsischen und Göttingen der Hannoverschen Staatsbahn in Kraft.

Exemplare der Nachträge sind auf den Verbandstationen käuflich zu haben.

Breslau, den 26. Mai 1880.

Königliche Direktion.

Das zu Gościejewo-Hauland, Kreis Obornik, belegene, im Grundbuche von Gościejewo-Hauland Blatt Nr. 4 verzeichnete, dem Eigenthümer **Anton Kahl** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 49 Hektaren 76 Aren 30 Quadratmetern der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 610,77 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 36 Mark veranlagt ist, soll im Zwangsverfahren

den 29. Juli d. J.,

Vormittags um 10 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 2, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, der Hypothekenschein von dem Grundstücke und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in unserer II. Gerichtsschreiberei während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Wer Eigenthumsrechte oder hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen will, wird hierdurch aufgefordert, seine Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird

am 31. Juli d. J.,

Vormittags um 11½ Uhr,

im Richterzimmer Nr. II öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 21. Mai 1880.

Königl. Amts-Gericht.

In der **Joachim** und **Marie** geborene **Aschkenasy Kempner**-schen Stiftungssache kommt am 28. Juni d. J. ein Legat von 150 Rm. zur Vertheilung.

Um dieses Benefizium können sich bewerben:

1. Bedürftige Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, welche sich durch eine edle Handlung ausgezeichnet haben;
2. bedürftige Studenten oder Künstler mosaischen Glaubens;
3. arme Bräute mosaischer Konfession.

Bewerbungen sind unter Beifügung von Zeugnissen bis zum 14. Juni cr. an den unterzeichneten Vorstand franco einzusenden.

Kempen, den 26. Mai 1880.

Der Vorstand der jüdischen Korporation.

In Folge anderweitiger Unternehmungen ist die **vollständige Einrichtung** einer

Cajalithfabrik

mit einer reichen Auswahl von **Modellen** und **Formen** zu Figuren, Bauornamenten, Fußboden und Tischplatten sowie **Fabrikationsgeheimniß**, für den billigen Preis von 12,000 Mk. **sofort zu verkaufen** und werden bei der Uebernahme sehr coulante Bedingungen gewährt. Zur bevorstehenden **Berliner Fachausstellung** sind alle Ausstellungsgegenstände fertig gestellt und kann die Ausstellung auch mit denselben sogleich beschickt werden.

Gef. Offerten unter **F. 90** an Hrn. **Rudolf Mosse** in **Dresden** zu richten.

Verkauf.

Großfürst (Goldfuchs), 5 J., F. W. v. King of Diamonds a. d. Idus v. Sauntern, 2" gr., f. d. kl. Herrensport, Sieger m. Rennen.

Metella v. Martell, 10 J., 3" gr., kastanienbraun, sehr edel gezogen. Beide Pferde truppenthätig, vor dem Zuge firm geritten. Auskunft ertheilt

Wiegand,

Roß-Arzt. **Lissa i./P.**

Ich beabsichtige meine in **Mieczysławowo** zwischen Wreschen, Schroda und Miłosław belegene, 163 Morgen große Landwirthschaft mit guten Gebäuden, vollständigem Inventar und Einsaat resp. Ernte billig zu verkaufen.

Reflektanten wollen sich entweder an mich oder an den Kaufmann Herrn **Kaskel Heldt** zu Miłosław wenden.

Tomaszewski,

Mieczysławowo bei Miłosław.

Ein in einer kleinen Stadt gut gel. **Spezereigeschäft**, das jetzt durch den Miether frei wird, ist anderweitig zu begeben. Gefl. Refl. sub **J. B.** Exped. d. Ztg.

Naturheilmethode

von **Dr. Schumacher, Hannover**, Cellerstr. k. n. app. ist das einzig reellste u. sicherste Verfahren alle **Krankheiten** auch **brieflich**, sicher und dauernd ohne Berufsstörung zu heilen. Meine Naturheilmethode **25. reich illustr. Aufl. versende franco für 30 ₰** Briefmarken.

Deutsches Reichs-Patent.

Automatische

Rollvorhang-Steller

für **Rouleaux**, welche sich aufwickeln, auch für solche, die sich faltig emporziehen. In der Bromberger Ausstellung durch Modell vertreten in Gruppe I. Nr. 98.

C. Sterra, Posen,

Theaterstr. Nr. 2.

Dampfcaffee

täglich frisch von 1 Mark bis 1,60 per Pfund, letzterer feinster Perl-Mocca, so wie sämmtliche Colonial-Waaren empfiehlt billigst

W. Moses,

Breite-Straße 23.

Eine größere Partie gut bearb. **weiches Polsterwerg** p. Ctr. 7 Mark hat abzugeben **J. Breuer, Tarnowo** b. Rogasen.

Dom. **Golencin** bei **Posen** hat noch täglich

100 Liter Milch

abzugeben.

Während der am 28. bis 30. Mai c. stattfindenden

Landwirthschaftlichen Provinzial-Ausstellung zu Bromberg

werden wir mit Musterstücken unserer Fabrikate in

Drehbänken mit und ohne Leitspindel zum Kraft- und Fußbetrieb

und **Bohrmaschinen** zum Hand- und Fußbetrieb vertreten sein.

Fuchs & Kunad, Werkzeugmaschinenfabrik, **Plagwitz-Leipzig.**

Patent-Pferderechen mit selbstthätiger Entleerung,



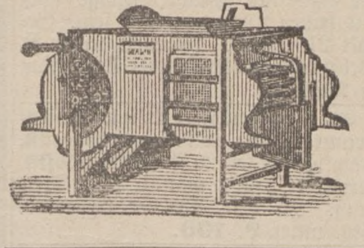
mit durchgehender schmiedeeiserner Achse und 28 Stück in Oel gehärteter Gußstahlzinken.

Transportable Jauchepumpen mit ganz schmiedeeisernen Röhren von 35—37 Mark.

Streumaschinen für künstlichen Dünger, „Deutsches Reichspatent".

Ein- u. mehrschaarige Pflüge, Häufel- u. Untergrundpflüge, Eggen, Krummer, Grubber, Cultivatoren, Ring- und Sternwalzen, einfach, doppelt und theilbar,

Getreide-Reinigungs- und Sortirmaschine.
Verbessertes amerikanisches System.



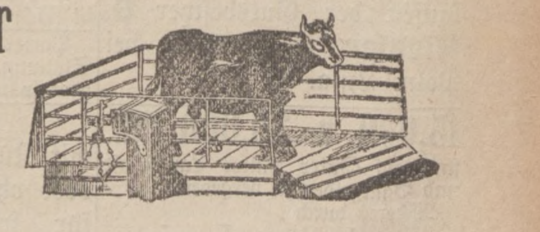
sowie andere landwirthschaftliche Maschinen u. Geräthe empfehlen

Gebrüder Lesser

Schwersenz.

Für die guten Leistungen unserer Geräthe und Maschinen viele Referenzen.

Viehwaagen,
Dezimalsystem, auf 4 Punkten.



Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie

zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Ziehung der 5. Klasse am 9. Juni 1880.

Hauptgewinne der 5. Klasse:

1 Mobiliar, Werth 3500 M., 1 Mobiliar, Werth 1380 M., 1 Phaëton, Werth 1000 M., 2 Gew., Sofa, Stühle, [illegible] Werth à 750 M., 1 Pianoforte, Werth 720 M., 2 Gew., Pianoforte, Werth à 720 M., 1 Pianoforte, Werth 720 M., 2 Gew., Krystall-Tafelservice, Werth à 485 M. u. s. w.

Erneuerungsloose à 3 Mark, Kaufloose à 9 Mark sind zu haben in der **Exped. d. Pos. Ztg.**

Erneuerung bis zum 2. Juni cr., Abends 6 Uhr.

Zweite Lotterie Baden-Baden.

Concessionirt für den Umfang der preußischen Monarchie und im Bereiche anderer deutschen Staaten. **Hauptgewinne von M. 60,000, 30,000, 15,000, 12,000, 10,000, 5000 ꝛc. Im Ganzen 10,000 Gewinne.**

Die Ziehung der 1. Klasse ist am 7. Juni, der 2. am 5. Juli, der 3. am 9. August, der 4. am 10. Sept., der 5. Klasse vom 18. bis 25. Okt.

Preis der Loose von Klasse zu Klasse 2 M., der **Voll-Loose** für alle 5 Classen gültig, 10 M. Gegen Einsendung von 10 M. 80 Pf. sende ich Voll-Loose und Classen-Loose incl. Ziehungslisten für alle 5 Classen franco.

F. G. Menne,

Essen a./d. Ruhr,

Haupt-Collekteur.

Bad Polzin und Luisenbad

bei dem Bahnhof **Rambln** der Stettin Danziger Eisenbahn, durch sehr erfrischende **Gebirgsluft**, starke **Stahlbäder** (mit und ohne **Kohlensäure**), **Dampf-**, **Fichtnadel-** und **Moorbäder**, außerordentlich wirksam bei **Blutarmuth** (Bleichsucht), **Lähmung**, **Steifheit**, nach **Verletzungen** und **chronischem Rheumatismus** eröffnet die **Saison am 1. Juni**; (Trink- und Badecuren). In sechs großen Badehäusern sind die Wohn- und Badestuben durch einen Corridor verbunden.

Die Bade-Commission.

Riesenrunkelrübensamen

(gelbe Pohl'sche) verkauft den Ztr. mit 42 M., das Pfund mit 5 Sgr.

Carl Heinze in Kletzko.

Eine **Milchpacht** von 50—60 Liter täglich (vorzügl. Milch) ist sofort zu vergeben. Näh. Breslauerstraße 34, I. Etage.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 30. Mai, Vorm. 8 Uhr, Abendmahl. 10 Uhr Predigt: Herr Superintendent Klette. Nachmittags 2 Uhr: Hr. Pastor Zehn.

St. Pauli-Kirche. Sonntag, den 30. Mai, Vormittags 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Pastor Schlecht. 10 Uhr Predigt Herr Generalsuperintendent D. Geß. (12 Uhr Sonntagsschule.)

Abends 6 Uhr Missionsstunde (für China) Herr Divisionspfarrer Hähnelt aus Berlin.

Freitag den 4. Juni, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Pastor Schlecht.

Petri-Kirche. Sonntag, den 30. Mai, Vorm. 10 Uhr, Herr Diakonus Schröder. (11½ Uhr Sonntagsschule.) Nachmittags 2 Uhr Christenlehre: Herr Kons.-Rath D. Göbel.

Garnisonkirche. Sonntag, den 30. Mai, Vorm. 10 Uhr, Predigt: Herr Divisionspfarrer Meinke. 11½ Uhr Sonntagsschule.

Evangelisch-luth. Gemeinde. Mittwoch den 2. Juni, Abends 7½ Uhr: Herr Superintendent Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 21. bis 28. Mai:

Getauft 7 männl., 12 weibl. Pers.
Gestorb. 8 " 6 " "
Getraut 6 Paar.

Im Tempel der isr. Brüder-Gemeinde.

Sonnabend den 29. Mai c., Vormittags 9½ Uhr: Gottesdienst und Predigt.

Familien-Nachrichten.

Als Neuvermählte empfehlen sich:

Dr. med. **Josef Goliner,**

Yetka Goliner geb. **Lißner.**

Neumark W./Pr., im Mai 1880.

Nach längeren Leiden entschlief heute Vormittag ¼10 Uhr unser innigst geliebter Gatte und theurer Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, der Kaufmann

Gustav Schubert

im Alter von 29 Jahren 1 Monat.

Um stille Theilnahme bitten

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 30. d. M., Nachmittags ½5 Uhr, vom Trauerhause Villa Tilsner aus statt.

Nachruf!

Durch das gestern, den 26., erfolgte Hinscheiden unseres Gemeindemitgliedes, des Herrn

Manasse Beradt

haben wir einen herben Verlust erlitten.

Seine langjährige, von strenger Rechtlichkeit und ernstem Pflichtgefühl geleitete Wirksamkeit, erst als Vorsitzender des Vorstandes, dann der Repräsentanten-Versammlung, als Mitglied des Rabbinats-Kollegiums wie in der Verwaltung noch einer Anzahl anderer Ehrenämter, werden ihm ebenso ein dauerndes, ehrendes Andenken sichern, wie sein in zwar geräuschloser Weise bethätigter, aber darum von um so größerer Herzensgüte und Gottesfurcht zeugender Wohlthätigkeitssinn.

Es ruhe seine Seele in Frieden!

Der Vorstand und das Repräsentanten - Collegium der Synagogen-Gemeinde zu Grätz.

M. 2. VI. 7 A. I. Rep. u. Tfl.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Auguste Günther mit Kaufmann Karl Schlenner in Berlin. Frl. Anna Honens mit Maler Max Urban in Berlin. Frl. Gertrud Homeyer mit Herrn Richard Stein in Wiesbaden und Berlin. Frl. Milly Michaelis mit Kaufmann Alexander Kinsky in Cammin und Marienwerder. Frl. Ida Gräbener mit Konditor August Sander in Wilsnack. Frl. Anna Krause mit Herrn Wilhelm Welle in Strausberg. Frl. Antonie Lucas mit Polizei-Lieutenant Karl Bernhard in Berlin. Frl. Emma Rauh mit Predigtamts-Kandidat Karl Liepe in Potsdam. Frl. Helene von Krieger mit Lieutenant von Bila in Münster. Frl. Emmy Petersen mit Reichsbank-Assessor Adolf Grimm in Kassel und Königsberg.

Verehelicht: Herr Max Behrens mit Frl. Hedwig Liebert in Berlin. Rechtsanwalt Dr. Otto Menge mit Frl. Anna Frischeisen in Hamburg und Berlin. Herr Moritz Raabe mit Frl. Klara Gruneberg in Berlin. Herr Louis Kutschker mit Frl. Klara Valentin in Berlin. Dr. med. Kloz mit Frl. Betty Keferstein in Greifenberg i. Schl. und Wiesa. Herr Fritz Hackländer mit Frl. Amalia Dieckerhoff in Schwerte. Pastor August Ziegeler mit Frl. Mathilde Appuhn in Himmelpforten und Stadt Rehburg. Hauptmann von Papen mit Frl. Johanna von Winterfeld in Bielefeld.

Gestorben: Graf August Eulenburg Sohn Botho in Berlin. Verw. Frau Ida v. Hocke, geb. v. Burgsdorff in Hohenfriedeberg. Verw. Frau Prediger Louise Frick in Potsdam. Verw. Frau Kanzleirath Auguste Görlitzer, geb. Haase in Nieder-Schönhausen. Herr Philipp Kaufmann in Berlin. Frau Auguste Mäcker, geb. Schulz in Berlin. Herrn Albert Sahl Sohn Willy in Berlin. Kaufmann Julius Bergmann in Berlin. Kaufmann Schröder in Berlin. Herrn F. Kornitzky Sohn Hans in Berlin. Herr Franz Zimmermann in Berlin. Polizei-Lieutenant a. D. Eugen in Annaburg. Frau Friedericke Richter, geb. Groschinsky in Berlin. Frl. Zerline Böhme in Hamburg. Frau Emilie Seidelmeyer, geb. Bandecco in Spandau.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.